

Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des **Gemeinderates**

der Gemeinde **Roßleithen**

am **9. Oktober 2008**

Tagungsort: Sitzungszimmer der Gemeinde

Anwesende

1. Bürgermeisterin Gabriele Dittersdorfer als Vorsitzende (SPÖ)	
2. Vzbgm. Johannes Glanzer (SPÖ)	11. Gde.Vorstand Wilhelm Stöger (ÖVP)
3. Gde.Rat Kurt Pawluk (SPÖ)	12. Gde.Rat Hubert Schmeißl (ÖVP)
4. Gde.Vorstand Karl Graßecker (SPÖ)	13. Gde.Rat DI Horst Peter Wolff (ÖVP)
5. Gde.Rat Gert Kirisits (SPÖ)	14. Gde.Rat Reinhard Menneweger (ÖVP)
6. Gde.Rat Gerlinde Grill (SPÖ)	15. Gde.Rat Stefan Schober (ÖVP)
7. Gde.Rat Kurt Radaelli (SPÖ)	16.
8. Gde.Rat Helga Schöngruber (SPÖ)	17.
9. Gde.Rat Thomas Windhager (SPÖ)	18.
10. Gde.Vorstand DI Josef Stummer (ÖVP)	19.

Ersatzmitglieder:

Gde.Rat Heidemarie Hunger (SPÖ)	für Gde.Rat Horst Humpelsberger (SPÖ)
Gde.Rat Hermann Redtenbacher (SPÖ)	für Gde.Rat Walter Winkler (SPÖ)
Gde.Rat Willibald Kaltenbrunner (ÖVP)	für Gde.Rat Florian Pernkopf (ÖVP)
Gde.Rat Johann Zegermacher (FPÖ)	für Gde.Rat Roman Perner (FPÖ)

Der Leiter des Gemeindeamtes: AL Eugen Schmid

Fachkundige Personen (§ 66 Abs. 2 O.ö. GemO. 1990):

Es fehlen:

entschuldigt:			
Gde.Rat Horst Humpelsberger (SPÖ)		Gde.Rat Herbert Antensteiner (Ers.) (ÖVP)	
Gde.Rat Walter Winkler (SPÖ)		Gde.Rat Edmund Eckhart (Ers.) (ÖVP)	
Gde.Rat Wolfgang Peböck (Ers.) (SPÖ)		Gde.Rat Josef Schauer (Ers.) (ÖVP)	
Gde.Rat Herbert Mayr (Ers.) (SPÖ)		Gde.Rat Michael Grill (Ers.) (ÖVP)	
Gde.Rat Jakob Pfeiffenberger (Ers.) (SPÖ)		Gde.Rat Martina Aigner (Ers.) (ÖVP)	
Gde.Rat Margit Maratschek (Ers.) (SPÖ)		Gde.Rat Martin Mayr (Ers.) (ÖVP)	
Gde.Rat Wolfgang Atzmüller (Ers.) (SPÖ)		Gde.Rat Roman Perner (FPÖ)	
Gde.Rat Florian Pernkopf (ÖVP)		Gde.Rat Christoph Pießlinger (Ers.) (FPÖ)	
Gde.Rat Elfriede Schober (Ers.) (ÖVP)		Gde.Rat Hubert Schweiger (Ers.) (FPÖ)	
Gde.Rat Alexandra Stummer (Ers.) (ÖVP)		Gde.Rat Bernhard Perner (Ers.) (FPÖ)	
Gde.Rat Josef sen. Kälhs (Ers.) (ÖVP)			

Der Schriftführer (§ 54 Abs. 2 O.ö. GemO. 1990): AL Eugen Schmid und Melanie Andreuzzi

Die Vorsitzende eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihr – der Bürgermeisterin - einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 29.09.2008 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
- c) die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- d) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- e) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 20.06.2008 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Sodann gibt die Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

Das bisher nicht angelobte GR-Ersatzmitglied Heidemarie Hunger wird durch die Bürgermeisterin angelobt.

Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse:

- 1. Biomasse-Nahwärmanlage in Pichl
 - a) Grundsatzbeschluss zur Errichtung und Situierung
 - b) Absichtsverträge (Beilage A) mit Festsetzung des Anschlusskostenbeitrages und Wärmepreises
- 2. Abbruch des alten Amtshauses samt Nebengebäude – Grundsatzbeschluss
- 3. Bauhofverlegung bezüglich Ankauf eines Fremdobjektes – Grundsatzbeschluss
- 4. Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 4/30/2008 (Kronegg); Stellungnahme zu Versagungsabsichten des Landes Oberösterreich
- 5. Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 4/34/2008 (Kuenburg Herta); Beschlussfassung
- 6. Eckhart Johann, Schweizersberg 206 – Antrag auf Änderung des Flächenwidmungsplanes
- 7. Duller/Mühle-Gründe – Erlassung von Bebauungsrichtlinien (Beilage B)
- 8. Einführung eines Jugendtaxi (Beilage C)
- 9. Betreubares Wohnen; Vergaberichtlinien (Beilage D)

10. Multifunktionaler Sitzungssaal – Vermietungsregelungen (Beilage E)
11. Bericht des Prüfungsausschusses vom 15.07.2008 und 01.10.2008
12. Gestattungsvertrag zwischen Land Oberösterreich und Gemeinde Roßleithen bezüglich Zufahrt zum neuen Gemeindeamt (Beilage F)
13. WZM-Werkzeugtechnik GmbH Pichl; Ansuchen um Zuschuss für Asphaltierung private Zufahrtsstraße
14. Ehrungen von LR Ackerl und Wirtschaftstreibenden im Gemeindegebiet
15. Ersatzanschaffung von Kommunalgeräten (Traktor samt Zusatzgeräten und Anhänger); Auftragsvergabe
16. Allgemeines

Zu 1.

Biomasse-Nahwärmanlage in Pichl

a) Grundsatzbeschluss zur Errichtung und Situierung

b) Absichtsverträge (Beilage A) mit Festsetzung des Anschlusskostenbeitrages und Wärmepreises

a) Grundsatzbeschluss zur Errichtung und Situierung:

Bericht der Bürgermeisterin:

DI Pollhammer, Land OÖ (UBAT) gab anlässlich eines zufälligen Besuchs Ende März 2008 in einem Gespräch mit AL Schmid den Denkanstoß, zu überlegen, ob man den Bauhof in Zukunft wirklich vorm neuen Amtshaus bzw. im Ortszentrum situiert haben will. Dies sei eine Grundsatzfrage und sollte noch vor Errichtung der beabsichtigten Biomasse-Nahwärmanlage östlich des bestehenden Bauhofgebäudes ausdiskutiert werden.

Auch LR Josef Ackerl hat anlässlich seines Besuches am 07.05.2008 in Roßleithen festgestellt, dass der geplante Standort der Hackschnitzelheizung beim derzeitigen Bauhofgebäude dringend neu überdacht werden sollte.

In mehreren Bauausschuss-Sitzungen hat man sich dann damit befasst, was schließlich dazu führte, dass anfangs Juni 2008 eine neuerliche Umfrage bei allen nahegelegenen (im Umkreis von ca. 250 m vom Heizhaus) Haus- und Grundbesitzern sowie Gewerbebetrieben vorgenommen wurde. Diese Umfrage brachte folgendes Ergebnis:

Interessiert

- | | |
|--------------------------|---|
| • Sofort | 6 (mit neuem Amtshaus und dzt. Bauhofgebäude) |
| • Innerhalb von 3 Jahren | 4 (mit LAWOG) |
| • Innerhalb von 5 Jahren | 3 |

Interesse hat auch noch die Fa. ETECH, falls es zum Ankauf der Klotzgründe kommt (für Betrieb und ca. 3 Bauparzellen)

Auf Basis obiger Erhebungen wurden folglich vom Techn. Büro Ing. Hofer, Schladming, die Investitionskosten, Anschluss- und Betriebskosten (Richtpreise) und ein Finanzierungsplan erstellt. Diese Daten wurden dem Land OÖ. (Herrn Wittinghofer, IKD) am 10.07.2008 mit der Bitte um genaue Wirtschaftlichkeitsprüfung des Projektes vorgelegt.

Die Stellungnahme des Landes OÖ zum beabsichtigten Biomasseheizwerk in Pichl ist überaus positiv und aus dem vorliegenden Aktenvermerk vom 12.09.2008 zu entnehmen. Darüber hinaus ist im Protokoll des Landes OÖ über das Bauberatungsgespräch vom 15.09.2008 angemerkt, dass dem geplanten Hackschnitzelprojekt dann zugestimmt werden kann, wenn die **Gemeinde als Betreiber** auftritt.

Der Bau- und Planungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 23.09.2008 dafür ausgesprochen, auf Grund der gegebenen Fakten vorerst einmal im Gemeinderat folgende Beschlüsse zu fassen:

- Grundsatzbeschlussfassung zur Errichtung einer Biomasse-Nahwärmeversorgungsanlage und deren Situierung am Standort „Altes Amtshaus“ durch den Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Roßleithen & Co KG.
- Grundsatzbeschluss zum Abbruch des alten Amtshauses samt Nebengebäude
- Festsetzung des Anschlusskostenbeitrages und des Wärmepreises
- Absichtsverträge mit allen Anschlusswerbern

Im Sinne obiger Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses sollte nun vom GR vorerst einmal folgender Beschluss gefasst werden:

Grundsatzbeschlussfassung zur Errichtung einer Biomasse-Nahwärmeversorgungsanlage durch den Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Roßleithen & Co KG. und deren Situierung am Standort „Altes Amtshaus“.

In der Gemeindevorstandssitzung am 07.10.2008 kam die Frage von GV Stöger, weshalb die Gemeinde als Betreiber auftreten muss und weshalb nicht ein Privater die Chance bekommt. Er schlug folglich vor, die Beschlüsse wie vorgesehen zu fassen, jedoch mit dem Passus, dass unter den gleichen Voraussetzungen auch ein privater Betreiber die Möglichkeit hätte. Man einigte sich letztlich darauf, dass seitens der Gemeinde nochmals versucht wird, vom Land OÖ bis zur GR-Sitzung eine schriftliche Stellungnahme bzw. Begründung darüber zu bekommen, weshalb seitens der Aufsichtsbehörde verlangt wird, dass die Gemeinde bzw. der VFI als Betreiber auftritt. Wenn die Begründung plausibel ausfällt, habe GV Stöger kein Problem damit. Er habe sicherlich nicht die Absicht das Projekt zu verzögern.

Aufgrund dieser Anfrage im Gemeindevorstand am 07.10.2008 hat man sich beim Land OÖ eine Stellungnahme eingeholt. Die Bürgermeisterin verliest diese:

E-Mail vom 09.10.2008, Walter Wittinghofer, Amt der Oö. Landesregierung:

Sehr geehrter Herr Amtsleiter Schmid!

Dem Projekt (Errichtung einer Biomasseheizungsanlage in Roßleithen durch den Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Roßleithen und Co KEG wir von Seiten des Landes OÖ nur dann zugestimmt, wenn die Gemeinde Roßleithen als Betreiber auftritt.

Dazu wird wie folgt näher begründet:

Aus Sicht der Aufsichtsbehörde ist der Betrieb durch die Gemeinde Roßleithen aus zweierlei Beweggründe vorteilhaft bzw. umzusetzen.

1) Wirtschaftlicher Vorteil:

Die angestellte Rentabilitätsrechnung zeigt, dass spätestens in 14 Jahren des Betriebes die Gewinnschwelle erreicht ist. Nach einer eventuellen Erneuerung des Ofens (20 Jahre AfA) kann somit wieder kostengünstige Energie aus Hackschnitzel für mindestens 20 Jahre erzeugt werden. Da auch zwei Gemeindeobjekte angeschlossen werden, profitieren auch diese von der umweltfreundlichen und wirtschaftlichen Führung der Biomasseheizanlage.

2) Preisstabilität für die Bevölkerung:

In den jetzigen und vielmehr in den kommenden Jahren wird die Versorgung der Bevölkerung mit leistbaren Grundgütern (z.B. Heizung der Wohnung) eine große Rolle spielen. Dabei werden auch der Bund, die Länder wie auch die Gemeinden von den Bürgern immer mehr in die Pflicht genommen, Maßnahmen für eine gesicherte Versorgung zu setzen. Durch den Eigenbetrieb der Anlage kann von der Gemeinde auf den Preis wirksam Einfluss genommen werden, sodass bei Bedarf der Bevölkerung die Wärme zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt werden kann. Damit hat jeder angeschlossene Bürger die Sicherheit, dass er sich die Beheizung seiner Wohnung auch zukünftig leisten kann.

Mit der Biomasseheizung wird von der Gemeinde ein erster Schritt zur Versorgungssicherheit für die Bürger gesetzt. Daher ist es erforderlich und auch für die Zukunft wichtig, dass die Gemeinde als Betreiber der Biomasseheizanlage auftritt.

Mit freundlichen Grüßen

Walter Wittinghofer

GR Kirisits:

Er ist der Meinung, dass man froh sein kann, dass es hier noch zu einer Änderung der Situierung gekommen ist. Nun besteht die Chance, einen Ortsplatz bzw. ein Ortszentrum zu haben. Er stellt den Antrag, den Grundsatzbeschluss für die Errichtung der Biomasseheizanlage sowie deren Standort des alten Gemeindeamtes zu fassen.

GV DI Stummer:

Er berichtet, dass es für die ÖVP-Fraktion eine sehr schwierige Entscheidung war und nach wie vor ist, ein vom Bürgermeister Atzmüller fix vereinbartes Projekt jetzt nochmal über den Haufen zu werfen und neu zu diskutieren und zu verhandeln. Die Fraktion wird zumindest mehrheitlich zustimmen; sie sind aber nach wie vor von der Vorgangsweise und Sinnhaftigkeit nicht restlos überzeugt; insbesondere was den Standort betrifft. Was ihm und seiner Fraktion am meisten Sorgen macht, ist, dass die von der Gemeinde gegenüber gemachten Angaben bezüglich Anschlussinteressenten, die schwerwiegend abweichen gegenüber den Angaben der ÖKO-Energie – was auch für die ÖKO-Energie Grund war, dass sie die Sache zurückgelegt haben – auch tatsächlich gehalten werden. Er hofft, dass nicht ein böses Erwachen kommt. Der Gemeinderat ist nun damit konfrontiert. Er und seine Fraktionskollegen haben es deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Bevölkerung den Kopf schüttelt wegen der Stromheizung im neuen Amtsgebäude. Er denkt, es wird Zeit, dass für die großen Hackschnitzelankündigungen – auch den liefernden Bauern gegenüber oder möglichen Lieferanten gegenüber – endlich Daten vorliegen. Er schließt sich dem Antrag von GR Kirisits an.

GV Stöger:

Er informiert, dass er in der Gemeindevorstandssitzung am 07.10.2008 die Frage gestellt hat, warum die Hackschnitzelanlage von der Gemeinde betrieben werden soll. Auch in der

Vorstandssitzung hat er die Antwort bekommen, dass es aufgrund der Sicherheit und der Erfahrung der öffentlichen Hand so gehandhabt wird. Er sagt es ganz ehrlich, dass diese Antwort ihm sehr weh getan hat. Die Aussage „wegen der Sicherheit und wegen der Erfahrung“ hat ihn erschreckt. Die Privatwirtschaft ist in allen Bereichen ein guter Partner – nicht nur für Gemeinden sondern auch für Jedermann. Privatwirtschaft braucht man für das tägliche Leben, für das Steueraufkommen, aber man braucht sie auch, damit unsere Leute der Region eine Arbeit haben. Deshalb ist er immer noch der Ansicht, dass die regionale Wirtschaft, inklusive Landwirtschaft, der richtige Partner für eine Gemeinde ist. Er meint, wenn die Gemeinde den Grund verkauft oder langfristig vermietet und es einen privaten Betreiber gibt, sollte dies genau angesehen werden. Private haben auch Fachleute, die eine Heizanlage genauso planen, betreiben und bauen können. Außerdem bleibt bestimmt viel Kaufkraft in der Region, falls ein Privater dies betreibt. Er ist sich sicher, dass die Abnehmer genauso mit der Privatwirtschaft zufrieden sind, schließlich sind sie auch mit andern Gütern und Leistungen Privater zufrieden. Es ist für die Gemeinde nicht wichtig, so einen Wirtschaftsbetrieb zu bauen und zu betreiben. Er möchte das Ganze nicht verzögern, aber er kann sich dem Grundsatzbeschluss erst anschließen, wenn es heißt: Die Gemeinde betreibt die Anlage ODER ein Privater aus der regionalen Wirtschaft, wenn dieser innerhalb eines Monats eine Zusage gibt, dass dieser mit den selben Bedingungen eine solche Anlage bauen und betreiben kann. Er meint, dies wäre ein sinnvoller Vorschlag, der regionalen Privatwirtschaft eine Chance zu geben, denn dann würde sehr viel Kaufkraft in der Region bleiben. Dies ist sein Antrag.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie ist nun etwas verwundert. Die ÖKO-Energie ist schließlich ein privater Betrieb, die unsere Heizungsanlage bauen wollten. Nun hat sich alles verzögert, weil es ca. ein Jahr lang geheißen hat, dass die Anlage die ÖKO-Energie baut, betreibt und die Wärme liefert. Auf Grund dessen hat sich die Gemeinde um keine Heizung für das neue Amtshaus gekümmert. Nach ca. einem Jahr hat die ÖKO-Energie mitgeteilt, dass das Projekt doch nichts wird, da zu wenige anschließen möchten und es deshalb nicht wirtschaftlich genug ist. Man ist daher zurück an den Start gegangen und zum Land gefahren, wo es geheißen hat, dass die Gemeinde die Anlage selbst betreiben soll. Mit diesem Thema ist man nun etwa eineinhalb Jahre konfrontiert.

GV Stöger:

Die Tatsache, dass die Gemeinde nun als Betreiber auftritt, wurde nur im Bauausschuss besprochen, nicht aber im Gemeinderat. Er ist im Bauausschuss nicht eingebunden, jedoch ist er derjenige, der in der ÖVP die Wirtschaft vertritt. Er möchte sich nichts nachsagen lassen, deshalb fühlt er sich auch als Gemeindevorstand verantwortlich, zu sehen, ob dieses Projekt auch von der regionalen Wirtschaft bzw. Landwirtschaft einer machen kann. Er möchte natürlich das Projekt nicht verzögern, deshalb hat er den Vorschlag gemacht, nur ein Monat Frist zu setzen – was sicher tragbar ist. Wenn es innerhalb dieser Zeit einen gibt, der sich bereit erklärt, für keine schlechteren Bedingungen die Anlage zu bauen und zu betreiben, sollte diesem eine Chance gegeben werden. Als Gemeindevertreter muss uns dies für die Wirtschaft wert sein.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie stellt GV Stöger die Frage und nimmt an, dass er schon jemanden in Aussicht hat, der dieses Projekt übernehmen möchte. An die Gemeinde ist außer der ÖKO-Energie niemand herangetreten. Es ist schließlich in den Zeitungen schon oft genug gestanden, dass die Gemeinde eine Hackschnitzelheizung möchte. Herr Kuenburg hätte sich noch angeboten, das zu bauen. Sie glaubt nicht, dass dies im Sinne des Gemeinderates ist. Man hat nun auch die Vorgabe vom Land, die Anlage selbst zu machen. Sie hofft, dass es jetzt nicht wieder ein

„zurück an den Start“ gibt. Falls es dann im Herbst 09 immer noch keine Heizung gibt und wieder mit Strom geheizt werden muss, dann bittet sie, dies nicht ihr vorzuwerfen. Es wurde bereits sehr viel Arbeit geleistet.

GV Stöger:

Er will dadurch nichts verzögern, deshalb ist sein Vorschlag, nur noch ein Monat abzuwarten, ob ein Wirtschaftsbetreibender zumindest zu den gleichen Bedingungen wie die Gemeinde die Heizanlage betreiben möchte.

Bgm. Dittersdorfer:

Man hat sich ja deshalb dafür eingesetzt, dass die Gemeinde die Heizanlage betreibt, damit die heimischen Bauern die Hackschnitzel liefern können. Bei einem Privaten kennt man bereits die Aussage, dass die Hackschnitzel am freien Markt gekauft werden – auch wenn dies in der Tschechei ist. Sie als Bürgermeisterin möchte schon die Hackschnitzel von einheimischen Bauern bekommen. Die Gemeinde kann dies beeinflussen – bei einer Vergabe an einem Privaten nicht.

GV Stöger:

Er hat Private gemeint, die zu keinen schlechteren Bedingungen anbieten.

Bgm. Dittersdorfer:

Man kann die Privaten nicht dazu verpflichten, Hackschnitzel aus der Region zu kaufen.

GR Kirisits:

Er ist verwundert, dass GV Stöger nicht über diesen Stand informiert wurde, da dieses Thema im Bau- und Planungsausschuss, wo auch Mitglieder der ÖVP-Fraktion dabei sind, oftmals diskutiert wurde. Man hat sich im Ausschuss wirklich sehr intensiv damit beschäftigt. Den Vorschlag von GV Stöger findet er prinzipiell in Ordnung – darüber braucht er gar nicht nachdenken. Grundidee war damals, wie Bgm. Dittersdorfer bereits gesagt hat, unseren Bauern das Einstiegsrecht entgegenzuhalten und auch die Sicherheit, dass diese Bauern die Hackschnitzeln auch verkaufen können. Er selbst hat sich darüber sehr schlau gemacht, denn er hat in seinem Freundeskreis einen Mann, der solche Sachen macht; und zwar österreichweit. Dieser bestätigt, dass es Gang und Gebe ist, dort einzukaufen, wo es am billigsten ist. Dies geht soweit, dass 40 % Anteil von ortsansässigen Bauern geliefert werden kann; der Rest ist reiner Industrieabfall. Dies ist das Problem, das die Gemeinde damit ausschalten wollte – ansonsten ist das ganze Projekt weg. Ein Anruf an seinen Freund genügt und in drei Tagen bekommt man ein Angebot, weil er permanent mit solchen Aufgaben beschäftigt ist. Er weiß aber nicht, ob dies für die eigenen Bauern sinnvoll ist.

GV Stöger:

Deshalb plädiert er für die regionale Wirtschaft – zu denselben Bedingungen wie von der Gemeinde vorgegeben. Auch er möchte keinen Fremden beauftragen.

GR Kirisits:

Sein Bekannter ist auch in unserem Umfeld tätig; d.h. der Auftrag ginge dann zum Beispiel nicht so weit weg. Nur weiß er, was dann passiert.

GV Stöger:

Einen Profi für diese Heizung in den nächsten Jahren kann man gut brauchen.

GR Kirisits:

Das Thema wurde in vielen Bau- und Planungsausschusssitzungen „durchgeackert“. Der Vorwurf und die Kritik der Bevölkerung war eindeutig da, dass nun das neue Amtsgebäude mit Strom beheizt werden muss. Das wird nicht per Spaß gemacht, sondern aufgrund dieser Verzögerungen. Man war mit dem Projekt fix fertig, doch dann ist auf einmal die ÖKO-Energie ausgestiegen mit der Begründung, dass das Projekt zu wenig Umfang hat.

GV Stöger:

Dazu möchte er sich nicht äußern; da war er nicht mit eingebunden.

GR Kirisits:

Als man in Linz war – was auch GV Stummer bestätigen kann – hat er den Hofrat gefragt, ob ein zweites Angebot dafür nötig ist. Darauf kam die Antwort „Nein, es wird eh mit dem Gaspreis verglichen“. Daraufhin wäre er fast vom Sessel gefallen. Es ist ja ein Wahnsinn, wenn dies mit dem Gaspreis verglichen werden muss. Das ist keine Argumentation für ihn.

GV DI Stummer:

Wobei man aber auch so ehrlich sein sollte, dass nicht nur die ÖKO-Energie, welche aufgrund der wenigen Interessenten zurückgelegt hat, für diese Verzögerung beigetragen hat, sondern auch Herr Ing. Pollhammer, welcher meinte, dass der Standort nochmals überdacht werden soll. Dadurch wurde das Projekt noch viel mehr verzögert, als durch die ÖKO-Energie, die schon vor langer Zeit zurückgelegt hat.

GR Kirisits:

Er meint, dass die ÖKO-Energie genauso verzögert hat wie diese Geschichte mit Herrn Ing. Pollhammer. Herrn Pollhammer sollte man dankbar sein, da infolge Herr LR Ackerl bestätigt hat, dass betreffend Amtshaus alt nichts mehr investiert wird. Jeder Einwand verzögert natürlich das Projekt. Das hat man auch beim Gemeindebau erlebt.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie hat sich einmal eine Chronologie zusammengestellt (sie verliert ihre Aufzeichnungen). Angefangen hat alles am 22.11.2005: ÖKO-Energie; die Bauern machen die Heizung und betreiben diese. Die Gemeinde braucht sich um keine Heizung kümmern. 03.04.2006: ÖKO-Energie; Variante im Keller des neuen Amtes – nein, keine Erweiterungsmöglichkeit. Vorschlag: eigenes Heizhaus auf Gemeindegrund. Es hätte die Gemeinde bauen sollen, die ÖKO-Energie hätte es betrieben. 09.01.2007: ÖKO-Energie; nein, nicht wirtschaftlich – einige abgesprungen. Sie fasst zusammen, dass es vom 22.11.2005 bis 09.01.2007 gedauert hat, bis die Gemeinde das endgültige ‚Nein‘ bekommen hat. Danach, am 30.11.2007 hieß es: Gebäude bei Bauhof mieten – Wärme liefern. 26.04.2007 – Fahrt zum Land; es wurde uns gesagt, dass das Heizwerk selbst betrieben werden soll. 07.08.2007: Angebot von ÖKO-Energie eingelangt; wollen Heizwerk doch betreiben.

GV DI Stummer:

Er ergänzt, dass dieses Angebot aufgrund technischer Neuerungen in Form einer Containermöglichkeit kam, die es Monate zuvor noch nicht gegeben hat.

Bgm. Dittersdorfer:

Erst kürzlich ist Herr Stummer Laurenz wieder bei ihr gewesen und hat gemeint, dass ein Container gemacht werden könnte. Sie hatte nichts dagegen, doch eine halbe Stunde später kam er wieder zurück und sagte, dass GV Stummer gemeint hat, dass er dieses Angebot wieder zurückziehen soll, was er auch tat. Es ist nun ständig hin und her gegangen. Sie hätte nichts

dagegen, wenn die ÖKO-Energie unser Heizwerk betreibt und liefert; denn dann wäre uns eine große Arbeit erspart.

GV Stöger:

Er möchte nicht, dass nun lange über die Vergangenheit gesprochen wird. Dies bringt uns nicht weiter. Man muss weiterdenken, denn schließlich braucht man spätestens im nächsten Herbst eine Heizung. Sein Vorschlag ist, der Wirtschaft noch eine Chance zu geben. Er meint, man kann dies gut verantworten. Durch ein Monat wird schließlich nicht alles verzögert, und jedes Gemeinderatsmitglied kann eine Entscheidung dann mit ruhigem Gewissen verantworten, falls es doch die Gemeinde betreiben soll.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie stellt die Frage, ob nun denjenigen, die anschließen möchten, gesagt werden soll, dass die Gemeinde doch kein Heizwerk baut. Schließlich wurden schon viele Gespräche mit den Bürgern geführt.

GV Stöger:

In diesem Monat muss entschieden werden, wer es baut – ob es nun die Gemeinde baut oder einer von der Privatwirtschaft aus der Region.

Bgm. Dittersdorfer:

Das heißt, dass die Gemeinde mit ihren Vorverträgen nicht weiter macht. Soll nun eine Aussendung gemacht werden mit der Frage: „Wer möchte die Hackschnitzelheizung bauen?“. Wie soll nun in diesem Monat an die Bevölkerung herangetreten werden. Sie meint, dies sollte auch beraten werden.

GV Stöger:

Dies ist ihm gleich. Er möchte nur, dass die Wirtschaft ein Monat Zeit bekommt. Vielleicht erklärt sich jemand bereit, das Heizwerk zu bauen und zu betreiben – zu den gleichen bzw. zu keinen schlechteren Bedingungen, die die Gemeinde berechnet hat.

GR Kirisits:

Er weist darauf hin, dass die ganzen Vorverträge wieder weggeworfen werden müssten bzw. müssten die jetzt vorgesehenen ‚Partner‘ informiert werden, dass doch nicht die Gemeinde baut, sondern jemand anderer.

GV Stöger:

Nach einem Monat wird entweder die Gemeinde zu den ‚Partnern‘ gehen, oder einfach derjenige, der das Heizwerk betreibt. Für ihn ist das ganz klar.

GR Schöngrubner:

Sie findet den Zeitpunkt relativ spät, etwas bereits Verhandeltes und Vorbereitetes wieder umzuwerfen und um ein Monat zu verzögern. Die Wirtschaft hat nun lange genug Zeit gehabt, ihre Ideen und Innovationen einzubringen. Bei den Bau- und Planungsausschusssitzungen sind Mitglieder der ÖVP-Fraktion vertreten gewesen. Es hätte mehr Koordination innerhalb der Fraktion stattfinden können und die Ideen hätten weitergeleitet werden können – z.B. an die Frau Bürgermeister oder an jemanden von der Gemeinde. Nun ist man endlich zusammen an einem Tisch und es muss etwas Gemeinsames dabei herauskommen. Was sie nun sagt ist eigentlich relativ spät, doch sie findet, es wäre besser gewesen, wenn man all das schon früher auf einen Tisch gelegt hätte.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie gibt ihr Recht. Vor allem war es sehr viel Arbeit. Wenn nur irgendjemand von der ÖVP-Fraktion gesagt hätte, dass es so nicht gewünscht wird, sondern dass die Wirtschaft es betreiben soll, dann hätte man die ganze Arbeit nicht gehabt. Man braucht nur den Amtsleiter fragen, wieviel Zeit investiert wurde. Man kann doch nicht jemand anderem dieses fertig erarbeitete Projekt geben. Sie versteht dies nicht.

GR Schmeißl:

Anhand seines Nickens wird man gemerkt haben, dass er alles dementsprechend verfolgt hat. Es ist ihm ein sehr großes Anliegen, zu dieser Thematik einige Sätze zu sagen. Faktum ist seines Erachtens, dass wir alle dasselbe wollen, uns aber nicht sicher sind, wann und wer. Ganz klar hervorheben möchte er, dass das Resümee des Zeitplanes von Bgm. Dittersdorfer stimmt. Auch die ÖVP-Fraktion hat zwei Jahre Vorbereitungen getroffen, wie es in der Erstfassung besprochen wurde und alles auf Schiene war. Er ist froh, dass es heute öffentlich angesprochen wird – schließlich sind Gemeinderatssitzungen öffentlich – dass die ÖKO-Energie schuld sein soll für die Verzögerungen. Egal wer jetzt intensiver in die ganze Geschichte involviert ist oder auch weniger intensiv: Dieser Vorwurf ist „dünn“, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Das Projekt, wie es geplant war (unmittelbarer Anbau an den Bauhof) wurde geändert – und zwar durch Herrn Pollhammers Aussage, dass das Heizwerk dort nicht hinpasst. Faktum war, dass sich die Gegebenheiten geändert haben. Daraufhin hat logischerweise die ÖKO-Energie keine Handhabe mehr gehabt, dieses Projekt weiter zu verfolgen. Das Projekt hat es nicht mehr gegeben; es war vom Tisch. Das Projekt, mit diesen Bedingungen gab es nicht mehr. Es hat dann die verschiedensten Möglichkeiten gegeben, wo dann zur Diskussion gestanden ist, warum man das Heizwerk dort nicht haben will, was er für berechtigt fand. Die Tatsache, dass das Land der ÖKO-Energie dieses Projekt sozusagen entzogen hat, ist lange schon bekannt. Wenn mehr als 50 % öffentlich beheizt werden, ist es für einen Privaten nicht möglich, die Errichtung vorzunehmen. Diese Tatsache wurde von der ÖVP-Fraktion akzeptiert und somit war das Projekt in erster Linie gefallen. Wenn man seitens des Landes keine Zustimmung bekommt, weil mehr als 50 % Wärmeabnahme öffentlich ist, war dieses Thema erledigt. Faktum war, dass daraufhin der Geschäftsführer der ÖKO-Energie wieder gekommen ist mit einem neuem Vorschlag – dem sogenannten Containervorschlag, der sicher eine große Herausforderung gewesen wäre für alle. Doch dann kam die Aussage, dass diese Lösung nicht sinnvoll ist.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie betont, dass diese Aussage nicht von ihrer Seite gekommen ist.

GR Schmeißl:

Im Grunde genommen wurde gesagt, dass die Containerlösung hauptsächlich aus zeitlichen Gründen nicht mehr durchgeführt werden kann. Seines Erachtens ist es ganz wichtig, dass jetzt auch die Bedingung geschaffen werden soll, dass ein Privater – ob dies nun eine Person, eine Institution oder Firmen sind – in unserer Region wenigstens die Möglichkeit bekommt. Er ist der Meinung, dass die ÖKO-Energie noch nie die Möglichkeit hatte, an diesem neuen Standort mitzubieten und mitzuverhandeln.

Bgm. Dittersdorfer:

Hier muss sie GR Schmeißl widersprechen. Sie hat sogar ein Schriftstück von Herrn Stummer Laurenz, welches sie dem Gemeinderat nun verliest. Sie weist darauf hin, dass Herr Stummer Laurenz sogar persönlich mit ihr gesprochen hat. Für diese Größe kann die ÖKO-Energie das Heizwerk nicht machen. Sie hat ihm das nicht ausgedet.

GR Schmeißl:

Es stimmt; dieses Schreiben gilt aber nur für die Containerlösung.

Bgm. Dittersdorfer:

Es ist keiner mehr von der ÖKO-Energie gekommen, der das große Projekt machen möchte. Sie will der ÖKO-Energie absolut keinen Vorwurf machen, aber bei den Tatsachen sollte man schon bleiben. Die ÖKO-Energie hat am 09.01.2007 gesagt, dass sie das Heizwerk nicht machen können, da es nicht wirtschaftlich genug ist. Auf Grund dessen ist die Gemeinde beim Start angelangt. Sie müsste den Altbürgermeister Atzmüller herholen; denn dies passierte noch alles unter seiner Zeit. Nicht umsonst ist man nach Linz gefahren und hat um Geld angesucht. Herr Ing. Pollhammer ist Ende März 2008 – über ein Jahr später – gekommen. Deshalb kann nicht gesagt werden, dass die Gemeinde der ÖKO-Energie das Projekt genommen hat.

GR Kirisits:

Er hat bereits zu Beginn gefragt, warum man nicht von der Gemeinde aus die Ausschreibung an die Bewerber bzw. Interessenten für diese Hackschnitzelanlage macht. Damals hat die ÖKO-Energie gesagt, dass sie das nicht brauchen – dies macht die ÖKO-Energie selbst. Nun hat es die Gemeinde in der Hand und die Situation hat sich von den prozentuellen Verhältnissen her etwas verändert. Nun heißt es, dass die SPÖ-Fraktion vielleicht etwas ‚unter den Tisch fallen hat lassen‘ oder die ÖVP-Fraktion nicht mehr eingebunden wurde. Wenn GR Schmeißl seine Worte als Vorwurf verstanden hat, liegt er falsch; denn das alles waren Fakten. Bei GV Stummer hat sich die Bevölkerung über die Elektro-Heizung beklagt; aber da kann keiner etwas dafür. Er erinnert an die Situierung des Ortsplatzes – es ist nun mal so: Bei manchen Projekten gibt es eben bessere Lösungen als jene, die man zuerst im Auge hatte.

GR Schmeißl:

Seiner Ansicht nach müsste es jetzt noch die Möglichkeit geben, dieses Projekt dahingehend so zu gestalten, dass Wirtschaft und Gemeinde zusammenarbeiten können. Bislang hat die heimische Wirtschaft bzw. die Landwirtschaft keine Möglichkeit des Betreibens und der Errichtung gehabt mit der heutigen Situation.

GR Kirisits:

Dies ist ein langfristiges Projekt, für das es nicht nötig ist, Geld in die Hand zu nehmen, um das Heizwerk zu planen und um es zu errichten – und dann noch unter dem Aspekt, dass es noch unklar ist, wie viele anschließen werden. Wo man mit der ‚Privatisiererei‘ hinkommt, sieht man zum Glück schon jetzt. Dass sich momentan unsere österreichischen Bewohner auf einmal wieder bei der öffentlichen Hand sicherer fühlen, als bei der Wirtschaft, hört man fast täglich.

GR Schmeißl:

Er findet, dies ist ein sehr krasser Vorwurf für die privaten Betriebe.

GR Kirisits:

Dies ist kein Vorwurf. Es ist zwar weit hergeholt, aber in Amerika sind Gelder verschwunden, und nun, da man nicht mehr weiter weiß, muss der Steuerzahler wieder einzahlen. So soll es nicht sein.

GR Pawluk:

Prinzipiell spricht nichts dagegen, noch ein Monat für die Wirtschaft zu warten, doch er meint, dass es zum ‚Bumerang‘ werden könnte. Falls nun wieder die ÖKO-Energie anbietet und dann auch noch der Contractor oder die Fa. Aigner, welche günstiger anbieten könnten, dann verliert man das Projekt an einen Auswertigen. Und dann kann noch passieren, dass die

Hackschnitzel nicht mehr aus der Region kommen, sondern aus der Tschechei. Und die Gemeinde kann nicht aus, da der günstigste Bieter den Auftrag bekommt.

GR Schmeißl:

Es ist ein schwerer Vorwurf zu sagen, dass unsere Bauern von irgendwo – z.B. Tschechei – Holz bzw. Hackschnitzel holen.

GR Kirisits:

Er spricht GR Schmeißl an, nicht ständig das Wort umzudrehen.

GR Schmeißl:

Die Bauern haben das Produkt aus der Region; in den meisten Fällen sogar aus den eigenen Wäldern.

Bgm. Dittersdorfer:

Es wurde immer davon gesprochen, dass man sicherstellen möchte, dass die Bauern liefern können. Wenn es privat ausgeschrieben wird und derjenige die Hackschnitzel aus dem Ausland kauft, hat man nicht einmal die Möglichkeit einzugreifen. Sie versteht nicht, warum ständig die Wörter umgedreht werden. Ihr kommt es s o vor, als würde die SPÖ die ÖKO-Energie ausschließen wollen. Die Gemeinde baut die Anlage ja DAMIT die Hackschnitzel von der ÖKO-Energie bezogen werden können. Von dem war schon immer die Rede.

GR Schmeißl:

Es ist die ganze Zeit von Ausschreibung die Rede. Wenn es sich dann um ein Angebot mit Industrieware handelt, so kann der Landwirt nicht mithalten.

GR Kirisits:

Er meint, dass GR Schmeißl ihn nicht versteht. Er will sich dann nicht sagen lassen, dass er vielleicht sogar tschechisches Material fördert.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie bestätigt, dass GR Kirisits gesagt hat, dass es bei Privaten vorkommen kann, dass die Ware aus dem Ausland geliefert wird.

GR Kirisits:

18,-- bis 19,-- Euro betrug damals der Preis bei einem Bauern pro Schüttmeter Hackgut. Dann hat Herr Ing. Hofer gesagt, dass es schon 25,-- Euro sind. In Wirklichkeit wird der Schüttmeter um 7,-- Euro gekauft. Jedoch ist das nur Industrieabfallholz. Er weist darauf hin, dass dies von uns nicht kontrolliert werden kann. Er kauft im Langerhaus kein Holz ein, weil er nicht weiß, von wo es herkommt.

GR Schmeißl:

Eines möchte er noch zur Angelegenheit Preissituation sagen; und zwar muss immer dabei stehen, um welche Qualität es sich handelt. Qualität ist seines Erachtens angeglichen an den sogenannten Feuchtigkeits-Wassergehalt. Es wird um € 7,--, € 8,-- oder € 9,-- angeboten, doch es steht meist nirgendwo dabei, welchen Wassergehalt es hat. Bei uns in der Region traut er sich zu garantieren, dass trockenes Hackgut – mit der Bezeichnung in welcher Feuchtigkeitsklasse (25 abwärts), ein regulärer Wert, geboten wird; und dann kommen die € 25,-- zustande.

GR Kirisits:

Er meint, dass die Wirtschaft ‚anderes‘ Holz dazukaufte, weil sie sonst mit dem Wärmepreis nicht mithalten könnten. Dies ist der einzige Grund

GR Radaelli:

Er stellt die Frage, warum man ein Thema im Ausschuss nicht ganz klar und verständlich für jeden darlegt, damit man in der Gemeinderatssitzung wirklich nur über vorbereitete Punkte entscheiden kann. Er möchte wissen, was passiert, wenn nun ein Monat lang gewartet wird und ob dieses Thema wieder in einer Gemeinderatssitzung zu beschließen ist.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie betont, dass dieser Punkt heute beschlossen wird. Man kann dieses Thema nicht ständig hinauszögern, sodass es vielleicht nächstes Jahr noch immer keine Heizung gibt. Sie geht davon aus, dass die ÖVP bereits jemanden weiß, der das Heizwerk betreiben möchte, ansonsten würden sie sich dafür nicht so sehr einsetzen. Nun soll der Beschluss gefasst werden, und wenn im nächsten Monat jemand Privater kommt und anbietet, muss man darüber reden und auch mit dem Land sprechen, ob es überhaupt möglich ist oder nicht. Es wird auf keinen Fall ein Rundschreiben gemacht, denn dadurch würde man nur die Bevölkerung verunsichern. Das möchte sie nicht. Es soll nun der Grundsatzbeschluss zur Errichtung und zur Situierung gefasst werden und die Absichtsverträge mit Festsetzung der Preise beschlossen werden, die auch im Ausschuss vorbereitet wurden. Es wurde ja nicht umsonst in der Ausschusssitzung und in der Vorstandssitzung darüber diskutiert.

GV Stöger:

Er möchte mit seinem Zusatzantrag nichts verzögern, deshalb war sein Vorschlag, nur ein Monat abzuwarten. Er hat nicht über die Vergangenheit gesprochen – über das wollte er nicht reden. Diese Diskussion hätte man sich sparen können. Er beantragt, falls sich innerhalb eines Monats jemand von der Wirtschaft oder Landwirtschaft zu keinen schlechteren Bedingungen bereit erklärt, so sollte man die Möglichkeit geben, das Heizwerk zu bauen und zu betreiben lassen. Das Hackgut soll von der Region sein und nicht aus der Tschechei; außerdem muss es ein einheimischer Errichter bzw. Betreiber sein. Er denkt, mit einem Monat wird man nichts verzögern. Ihm ist schon klar, dass es nächstes Jahr vor dem Herbst fertig sein muss. Es wäre ein fairer Vorschlag. Die bereits vorliegenden Preise können ohne weiteres beschlossen werden; doch wer dann die Absichtsverträge nach diesem Monat einholt – Gemeinde oder Privater – ist egal. Normalerweise müsste jedes Gemeinderatsmitglied, dem die heimische Wirtschaft viel wert ist, zustimmen können.

GR Schöngruber:

Sie meint, dass man bis zu einem gewissen Grad über die Vergangenheit reden muss. Es gehören genau diese Fakten, die jetzt aufgekommen sind, in den Bau- und Planungsausschusssitzungen besprochen. Was in diesen Ausschusssitzungen besprochen wird, muss nicht ‚rausgetragen‘ werden; man kann aber zumindest sagen, dass das Thema Hackschnitzelheizung noch steht und darauf hinweisen, bei Interesse sich bei der Gemeinde zu melden. Sie ist der Meinung, dass alles schon viel früher – in den Ausschusssitzungen – ausdiskutiert werden hätte müssen. Sie unterstützt den vorliegenden Antrag von GR Kirisits und GV Stummer, weil es ein ausverhandeltes und vorbereitetes Projekt ist. Im Bau- und Planungsausschuss ist es ausgearbeitet worden, und in diesen Ausschuss setzt sie ihr Vertrauen, dass bestens gearbeitet worden ist. Wenn in diesem Ausschuss etwas nicht behandelt worden ist, so war es vielleicht nicht wichtig.

Bgm. Dittersdorfer:

Wenn es irgendwie möglich ist, bittet sie, diese zwei Punkte nun zu beschließen. Diesen Monat lässt man das Projekt liegen und wartet ab. Ab 09.11.2008 geht es wieder weiter.

GV Stöger:

Er kann auch nicht 100%ig versichern, dass sich in diesem Monat jemand bereit erklärt.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie geht davon aus, dass sich jemand bereit erklärt, ansonsten hätte man nun nicht so lange diskutiert. Sie hofft, dass es sich nicht noch mehr verzögern wird. Sie meint, dass zumindest der Grundsatzbeschluss zur Errichtung und Situierung gefasst werden sollte.

GR Zegermacher:

Durch den Besuch des Ing. Pollhammer hat sich ja die örtliche Lage geändert. Dass man ein Heizwerk bauen sollte, war von Anfang an klar. Heute ist der Standort ein anderer – er denkt, dass sich etwas für die gesamte Infrastruktur hier in der Nähe und auch im Gemeindegebiet zum Besseren gewendet hat, weil somit auch andere Probleme, die angestanden sind, dadurch gelöst werden konnten. Damit meint er die Verlegung des Bauhofes in ein anderes Gebäude, wo man vielleicht auch die vorhandenen Räumlichkeiten für ein Jugendzentrum verwenden könnte. Nachdem das alte Amtsgebäude ohnehin abgetragen wird, ist die Situierung des Heizhauses an diesem Platz vielleicht günstiger als neben dem bestehenden Bauhof. Man kann also den Verlauf dieses Themas positiv sehen. Auch er stellte sich die Frage, ob Herr Ing. Pollhammer das so einfach bestimmen kann. Doch es hat sich eben der Zeitgeist geändert; es sind neue Erkenntnisse aufgetaucht und in diesem Zusammenhang ist man eher bereit, und bemüht, ein Ortszentrum besser zu gestalten als es bislang möglich war. Er stellt die Frage, ob im Bau- und Planungsausschuss je über die angesprochene Containerlösung diskutiert wurde.

Bgm. Dittersdorfer:

Die Containervariante ist ganz einfach deshalb nicht besprochen worden, weil sie von Herrn Stummer wieder zurückgezogen wurde.

GR Schmeißl:

Er behauptet, dass die Containervariante nicht zurückgezogen wurde. Es gibt eine Alternative aufgrund von technischen Erneuerungen; doch es ist nicht ausreichend.

Bgm. Dittersdorfer:

Herr Stummer Laurenz war in ihrer Sprechstunde und hat ihr ein Schreiben betreffend Containerlösung vorgelegt. Sie hat es gut gefunden, denn dann bliebe der Gemeinde viel Arbeit erspart.

AL Schmid:

Er muss dazu sagen, dass das Schreiben zu dem Zeitpunkt eingelangt ist, wie die 14 Interessenten bereits bekannt waren.

Bgm. Dittersdorfer:

Außerdem ist im Schreiben angeführt, dass Herr Stummer nicht in ein bestehendes großes Projekt eingreifen möchte. Ein großes Projekt hat aber schon bestanden – Herr Stummer hätte aber nur einen kleinen Container aufgestellt. Dieses Thema war somit vom Tisch.

GR Zegermacher:

Er schließt sich dem Antrag von GR Kirisits an und stimmt auch der Idee des GV Stöger zu, diesen Punkt zu beschließen und ein Monat noch abzuwarten wenn es möglich ist.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig der Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Biomasse-Nahwärmeversorgungsanlage durch den Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Roßleithen & Co KG und deren Situierung am Standort „Altes Amtshaus“ gefasst.

b) Absichtsverträge (Beilage A) mit Festsetzung des Anschlusskostenbeitrages und des Wärmepreises

Bericht der Bürgermeisterin:

Nach Fassung des Grundsatzbeschlusses zum Bau der Biomasse-Nahwärmanlage ist als nächster Schritt der Abschluss von Absichtsverträgen mit allen Anschlusswerbern erforderlich. Der in jedem Vertrag individuell anzuführende Anschlusskostenbeitrag und der Wärmepreis sind nun vom GR festzusetzen.

Der Bau- und Planungsausschusses hat in seiner Sitzung am 23.09.2008 zur Erstellung der Absichtsverträge bzw. der Wärmelieferungs- und Bezugsverträge folgende Preise empfohlen:

Anschlusskostenbeitrag	bis 15 kW (Pauschale)	€ 5.000,--
	bis 20 kW (Pauschale)	€ 5.500,--
	ab 21 kW (zusätzlich pro kW)	€ 300,--

Wärmepreis	Grundpreis	€ 16,--/kW und Jahr
	Arbeitspreis	€ 58,--/MWh
	Messpreis	€ 96,--/Jahr und Anschluss

Wie im Aktenvermerk des Landes OÖ vom 12.09.2008 vermerkt ist, wurden die Tarife gegenüber der Wirtschaftlichkeitsrechnung von Ing. Hofer noch etwas günstiger für die Verbraucher gestaltet, weil nicht die Erzielung eines höchstmöglichen Gewinns, sondern eine hohe Anzahl der Bevölkerung mit günstiger Wärme zu versorgen, oberstes Ziel sein sollte. Die einzelnen Verträge mit allen Wärmeabnehmern sollen laut vorliegender Muster des Techn. Büros Ing. Hofer, Schladming, erstellt werden.

Vom GR sollten nun der Absichtsvertrag in der im Entwurf vorliegenden Fassung (Beilage A) und die oa. Sätze des Anschlusskostenbeitrages und des Wärmepreises fixiert werden.

Nach Vorliegen einer entsprechenden Anzahl von Absichtsverträgen würde man BM Ing. Kniewasser den Projektierungsauftrag erteilen und das Vorhaben dann zur Bau- und gewerberechtl. Bewilligung einreichen.

- Abbruch des alten Amtshauses samt Nebengebäude
- Neubau des Biomasseheizwerkes im Frühjahr 2009
- Abhaltung eines Flohmarktes im Winter 2008/2009 für Baubestandteile und nicht mehr benötigtes Inventar des alten Amtshauses.

Es ist weiters beabsichtigt, nach Beschlussfassung der Anschluss- und Wärmepreistarife durch den GR nochmals alle im möglichen Anschlussbereich befindlichen Liegenschaftsbesitzer über die aktuelle Situation und die Tarife zu informieren. Vielleicht finden sich noch zusätzliche Interessenten.

Auch der Gemeindevorstand am 07.10.2008 schloss sich übereinstimmend der vom Bau- und Planungsausschuss vorgeschlagenen Preisgestaltungsempfehlung an, die jedoch nur dann zum Tragen kommen kann, wenn die Gemeinde bzw. der VFI als Betreiber der Anlage fungiert.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie stellt die Frage, ob man der Fa. ETECH nun ein Angebot bringen kann, obwohl der Betreiber des Heizwerkes noch unklar ist.

GV Stöger:

Auf jeden Fall kann der Fa. ETECH ein Angebot mit den oben genannten Preisen gegeben werden; schließlich hieß es in seinem Antrag, dass nur dann ein Privater das Heizwerk betreiben darf, wenn er die Wärme zu den gleichen Bedingungen wie die Gemeinde liefern kann. Er meint, dass dies der ETECH ohne weiteres mitgeteilt werden kann.

GR Windhager:

Er hat ein Problem mit diesem Thema. Nun wird der Beschluss öffentlich gefasst; d.h. jedem Wirtschaftstreibendem sind die von der Gemeinde berechneten Preise ersichtlich. Vorher wird er sich vielleicht nicht drüber getraut haben, doch jetzt wird alles offen dargelegt und er kann sagen, dass er es um die von der Gemeinde beschlossenen Preise macht.

GV Stöger:

Jeder Betreiber könnte z.B. beim Rußner-Grund unabhängig von der Gemeinde ein Heizwerk errichten. Dies ist die freie Marktwirtschaft.

Bgm. Dittersdorfer:

Jeder Private muss erst einmal mit den von der Gemeinde beschlossenen Preisen zurechtkommen; so einfach ist das nicht. Schließlich wurde sehr niedrig berechnet.

GR Windhager:

Er möchte wissen, ob dann ein Privater den Grund von der Gemeinde abkaufen muss.

GV Stöger:

Es muss der Grund gekauft werden oder langfristig gepachtet.

GR Windhager:

Er meint, dass dadurch nur noch mehr Verzögerungen entstehen werden.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie möchte dies der Wirtschaft nicht absprechen, aber es stört sie, dass dieser Antrag erst jetzt kommt. Wenn der Antrag früher gekommen wäre, hätte man in eine ganz andere Richtung gearbeitet. Sie findet diese Vorgehensweise nicht in Ordnung. Das ganze Projekt war sehr viel Arbeit und ist bereits fertig.

GR Kirisits:

Er stellt die Frage, wie die rechtliche Situation ist und ob die Gemeinde so einfach sagen kann, dass es jemand aus der Region sein soll.

Bgm. Dittersdorfer:

Das kann sie jetzt nicht beantworten. Man muss sich erst erkundigen. Wenn herauskommt, dass es öffentlich ausgeschrieben werden muss, dann kann es sein, dass ein Auswärtiger zum Zug kommt. Das muss der gesamte Gemeinderat mittragen.

GR Pawluk:

Er meint, dass dies gefährlich wird. Es muss eben der Billigstbietende den Auftrag bekommen. Da kann man nicht aus.

Bgm. Dittersdorfer:

Auch sie befürchtet, dass es so kommen wird. Man kann nicht für die Gemeinde Roßleithen etwas Eigenes erfinden. Wenn es so kommen wird und ein Fremder kommt zum Zug, müssen alle dahinterstehen.

GR Kirisits:

Dieses Thema wurde im Bau- und Planungsausschuss behandelt und man ist der Empfehlung des Landes nachgekommen. Die Vorschläge des Herrn Ing. Hofer sind etwas höher angesetzt, als wie es der Bau- und Planungsausschuss vorschlagen würde, da man den Bürgern soweit als möglich entgegenkommen möchte. Die Hauptsache ist, dass man die Versorgung mit Wärme den Bürgern sicherstellen kann. Natürlich möchte man auch die Chance haben, dass möglichst viele anschließen. Es muss nicht unbedingt bei diesen 14 bleiben; ein Wunschdenken wäre, wenn dieses Projekt einen größeren Umfang annehmen würde. Er stellt den Antrag, diese Preise in der vorliegenden Form zu beschließen.

GV DI Stummer:

Er schließt sich dem Antrag an. Er kann sich gut an die Bau- und Planungsausschusssitzung erinnern, die knapp drei Stunden gedauert hat. Man hat sich wirklich intensiv mit dieser Materie beschäftigt. Es wurde jede Zahl diskutiert; es wurden die Grundpreise gesenkt. Bgm. Dittersdorfer hatte dann noch den Vorschlag, den Arbeitspreis zu senken; er wiederum hatte den Vorschlag, die Pauschale zu senken. Er denkt, was nun vorliegt ist ein sehr fairer und vernünftiger Kompromiss. Er findet es auch gut, dass nochmals alle gefragt werden sollen, doch er befürchtet, dass zum heutigen Zeitpunkt die Realität wieder ganz anders aussieht. Es muss alles daran gesetzt werden, dass wirklich alle, die bisher Interesse gezeigt haben, auch anschließen werden. Mit dieser Grundlage hat man seitens der Gemeinde ein sehr faires Angebot geschafft.

GR Zegermacher:

Er hat noch eine technische Frage: Wie ist das gemeint: ‚ab 21 kW - pro kW € 300,--‘

Bgm. Dittersdorfer:

Das heißt, dass man ab dem 21sten kW für jedes weitere kW € 300,-- zahlt. Man wird diesen Absatz noch etwas umändern, damit es verständlicher wird.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig der als Beilage A angeschlossene Absichtsvertrag und die oa. Sätze des Anschlusskostenbeitrages und des Wärmepreises beschlossen.

Zu 2.

<i>Abbruch des alten Amtshauses samt Nebengebäude – Grundsatzbeschluss</i>

Bericht der Bürgermeisterin:

Wenn im Hinblick auf die Errichtung der Biomasse-Nahwärmanlage eine ausreichende Anzahl von Absichtsverträgen und alle behördlichen Bewilligungen für den Standort „Areal des alten Amtshauses“ vorliegen, muss das ca. 102 Jahre alte Amtshaus samt Nebengebäude abgetragen werden, um Platz für den Heizwerkneubau zu schaffen. Wenn alles planmäßig läuft, könnte bzw. müsste der Abbruch im Frühjahr 2009 erfolgen.

Voraussetzung ist neben den oa. Bedingungen auch noch die Entlassung aus dem Denkmalschutz, wofür bereits angesucht und die mündliche Zusage erhalten wurde.

Bgm. Dittersdorfer könnte sich vorstellen, im Frühjahr eine Art „Tag der offenen Tür“ bzw. Flohmarkt zu veranstalten, um alle Einrichtungsgegenstände, die nichtmehr gebraucht werden, der Bevölkerung günstig zu verkaufen.

Um für die beabsichtigte Vorgangsweise „grünes Licht“ zu haben, sollte vom GR nun der Grundsatzbeschluss zur Einwilligung des Abbruchs des alten Amtshauses samt Nebengebäude gefasst werden.

Der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 07.10.2008 sprach sich einhellig dafür aus, den Grundsatzbeschluss zum Abbruch des alten Amtshauses samt Nebengebäude zu fassen, jedoch vorbehaltlich der Genehmigung durch den Denkmalschutz.

GR Zegermacher:

Bevor der Flohmarkt alles ‚verschlingt‘, sollten geeignete Möbeln für das Jugendzentrum aufgehoben werden

Bgm. Dittersdorfer:

Sie findet die Idee von GR Zegermacher sehr gut.

GR Pawluk:

Wenn man etwas Neues entstehen lassen möchte, muss natürlich das Alte weg. Das alte Gemeindehaus ist nun 102 Jahre alt – und da es ein öffentliches Gebäude ist, steht es unter Denkmalschutz. Zum Glück hat dies die Bürgermeisterin schon geklärt. Er stellt den Antrag, den Grundsatzbeschluss zum Abbruch zu fassen.

GR Kaltenbrunner:

Er schließt sich dem Antrag an und hofft, dass ein in das Ortsbild passendes Heizhaus entstehen wird.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig der Grundsatzbeschluss zur Einwilligung des Abbruchs des alten Amtshauses samt Nebengebäude (vorbehaltlich der Genehmigung durch den Denkmalschutz) gefasst.

Zu 3.

<i>Bauhofverlegung bezüglich Ankauf eines Fremdobjektes – Grundsatzbeschluss</i>

Bericht der Bürgermeisterin:

DI Pollhammer, Land OÖ (UBAT) gab anlässlich eines zufälligen Besuchs Ende März 2008 in einem Gespräch mit AL Schmid den Denkanstoß, zu überlegen, ob man den Bauhof in Zukunft wirklich vorm neuen Amtshaus bzw. im Ortszentrum situiert haben will. Dies sei eine Grundsatzfrage und sollte noch vor Errichtung der beabsichtigten Biomasse-Nahwärmanlage östlich des bestehenden Bauhofgebäudes ausdiskutiert werden.

Diese außenstehende Sichtweise gab schließlich Anlass zu Überlegungen in diese Richtung, noch unabhängig davon, ob die beabsichtigte Biomasse-Nahwärmanlage am Standort „altes Gemeindeamt“ oder sonst wo sinnvoll bzw. wirtschaftlich sei und deren Errichtung seitens des Landes OÖ Zustimmung findet.

Bei der Überlegung eines neuen geeigneten Standortes für den Bauhof Roßleithen hatte die Bürgermeisterin die Idee, Herrn Ing. Georg Mößlberger einmal grundsätzlich zu fragen, was er mit seinem ehemaligen Bauhofgebäude in Roßleithen beabsichtigte und ob dieses eventuell käuflich zu erwerben wäre. Herr Ing. Mößlberger war davon sehr angetan, weil er sowieso von sich aus diesbezüglich auf die Gemeinde zukommen wollte.

Dieses Gesprächsergebnis führte dann dazu, Herrn DI Pollhammer vom Land OÖ zu bitten, die Liegenschaft Mößlberger einmal zu besichtigen, um festzustellen, ob sich grundsätzlich der Bestand und das Areal für einen neuen Bauhof in Roßleithen eignen würde und seitens des Landes Zustimmung erwartet werden kann.

Mit ha. Schreiben vom 30.06.2008 (E-Mail) erging folglich das Ersuchen an das Land OÖ um Prüfung der Eignung des Ankaufes dieses ehemaligen privaten Bauhof- und Bürogebäude für die Bauhofverlegung. Der Lokalausweis fand bereits statt und fiel sehr positiv aus.

Weiters bestünde in diesem Gebäude die Möglichkeit, Räume für das gewünschte Jugendzentrum zu nutzen, da das geplante Vereinshaus beim Freystätter leider doch nicht für ein Jugendzentrum genutzt werden kann.

Auch die inzwischen schriftlich vorliegende Stellungnahme des Amtes der Oö. Landesregierung vom 01.10.2008 samt hochbautechnischem Urteil von DI Pollhammer vom 17.09.2008 bestätigt die Eignung. Seitens dieser Behörde wurde auch schon das Bezirksbauamt Wels für die Erstellung eines Wertermittlungsgutachtens beauftragt. Ab dem Zeitpunkt wo dieses vorliegt könnte man mit Herrn Ing. Mößlberger in Kaufverhandlungen treten.

Um Herrn Ing. Mößlberger gegenüber aber schon jetzt offiziell die Kaufabsichten kundtun zu können, wäre es sinnvoll einen Grundsatzbeschluss des GR vorliegen zu haben.

In der Gemeindevorstandssitzung am 07.10.2008 empfahl GV Stöger, vergleichsweise auch einen Bauhof-Neubau im Bereich gemeindeeigenes Grundstück „Scherwiese“ von der Kostenseite her zu prüfen, oder eventuell sogar eine gemeinsame Planung mit den Gemeinden Edlbach und Windischgarsten oder mit der Straßenmeisterei in Windischgarsten.

Er würde empfehlen, den Grundsatzbeschluss generell für eine Bauhofverlegung zu fassen, und BM Ing. Kniewasser zu ersuchen, zumindest für einen Bauhofneubau im Bereich „Scherwiese“ einen Kostenvergleich vorzulegen.

Schließlich sprach sich der Gemeindevorstand einhellig für die Fassung des Grundsatzbeschlusses zur Bauhofverlegung und für Verhandlungen zum Ankauf des bebauten Areals von Ing. Mößlberger nach Vorliegen des Wertermittlungsgutachtens aus. Für den Fall, dass man mit Ing. Mößlberger nicht einig wird, sind schon jetzt Alternativlösungen zu prüfen. Jedenfalls sollten gleichzeitig die Kosten für ein Vergleichsprojekt (Neubau) im Bereich „Scherwiese“ eruiert werden.

GV Stöger:

In der Gemeindevorstandssitzung am 07.10.2008 hat er den Vorschlag vorgebracht, noch mit anderen Gemeinden zu sprechen, um einen gemeinsamen Bauhof zu realisieren. Er hat gehört, dass Windischgarsten und Edlbach den bestehenden Bauhof nehmen – da wird es keine Chance mehr geben für ein gemeinsames Projekt. Eventuell ergibt sich eine Möglichkeit beim Projekt Straßenmeisterei an der Umfahrung. Auch sollte die Möglichkeit eines Neubaus bei der Scherwiese – auf gemeindeeigenen Grund – ins Auge gefasst werden. Vielleicht bekommt man dort auch die Chance, ein Jugendzentrum vorzusehen. Er schlägt vor, von Bmst. Kniewasser eine Kostenschätzung einzuholen, um zu wissen, was im Vergleich ein neues Bauhofgebäude kosten würde. Der Preis des Gebäudes von Herrn Mößlberger wird sich aus dem Gutachten ergeben bzw. wird Herr Mößlberger einen Preis vorschlagen. Er meint, ein Vergleich ist sinnvoll – auch bezüglich der Verhandlung mit Herrn Mößlberger. Er stellt den Antrag, den Grundsatzbeschluss zu fassen.

Vzbgm. Glanzer:

Im Gemeindevorstand hat man sich mit diesem Thema eingehend befasst. Es wird eine Kostenschätzung für das Gebäude von Herrn Mößlberger benötigt. Den Vorschlag von GV Stöger, auch eine Kostenschätzung für einen Neubau auf der Scherwiese einzuholen, begrüßt er. Die beiden Kostenschätzungen müssen dann gegenübergestellt werden, damit man vergleichen kann. Er schließt sich dem Antrag von GV Stöger an.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig der Grundsatzbeschluss für den Ankauf eines Fremdoobjektes für die Bauhofverlegung gefasst.

Zu 4.

***Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 4/30/2008 (Kronegg); Stellungnahme zu
Versagungsabsichten des Landes Oberösterreich***

Bericht der Bürgermeisterin:

Der GR hat in seiner Sitzung am 17.04.2008 den Umwidmungsbeschluss für die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4/30/2008 (Maria Sulzbacher), bestehend aus Teilflächen der Parzellen 88/1 und 96/4, sowie der Baufläche .12, alle KG Roßleithen, von bisher Grünland in Bauland (Wohngebiet) gefasst. Diese Fläche umfasst zwei Bauparzellen zu je ca. 1.000 m² entlang des Güterweges Schweizersberg, und darüber hinaus auch die nachträglich beantragte Fläche im Bereich des bestehenden Anwesens Kronegg.

Diese beschlossene Änderung wurde mit ha. Schreiben vom 20.05.2008 dem Land OÖ, Baurechtsabteilung, zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung vorgelegt.

Mit Schreiben des Amtes der Oö. Landesregierung vom 01.09.2008 wurden diesbezüglich Versagungsgründe mitgeteilt und gleichzeitig dem GR Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Des weiteren sprachen kurz nach Beschlussfassung durch den GR mehrere betroffene Anrainer bei der Bürgermeisterin vor und brachten massive subjektive Einwände und Bedenken gegen die Umwidmungsbestrebungen vor.

Der Bau- u. Planungsausschuss kam in seiner Sitzung am 23.09.2008 zur übereinstimmenden Ansicht, dem GR vorzuschlagen, auf Grund der vorliegenden Stellungnahme des Landes OÖ und auch der massiven Anrainerbedenken (wenn auch subjektiven Empfindens) den GR-Beschluss vom 17.04.2008 aufzuheben und die beantragte Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4/30/2008 gänzlich abzulehnen. Diese Ablehnung bezieht sich auch auf die vom Regionsbeauftragten in Aussicht gestellte eine Parzelle unmittelbar hangunterseitig des Grundstücks Nr. 87/3, weil durch diese Parzelle die 30 KV-Leitung der Energie AG verlaufen.

Auch der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 07.10.2008 kam einhellig zur Auffassung, sich der Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses anzuschließen.

GV Graßbecker:

Er erinnert, dass am 17.04.2008 der Gemeinderat den Umwidmungsbeschluss trotz vieler negativer Stellungnahmen gefasst hat. Auf Grund der nach wie vor ablehnenden Haltung des Landes OÖ und der inzwischen vorgebrachten massiven Anrainerbedenken stellt er den Antrag,

den Umwidmungsbeschluss vom 17.04.2008 aufzuheben und das Umwidmungsverfahren abzulehnen.

GV DI Stummer:

Aufgrund der negativen Stellungnahmen sieht man sich gezwungen, die Sache abzulehnen. Er schließt sich dem Antrag von GV Graßecker an.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig der Gemeinderatsbeschluss vom 17.04.2008 aufgehoben und die beantragte Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4/30/2008 gänzlich abgelehnt. Diese Ablehnung bezieht sich auch auf die vom Regionsbeauftragten in Aussicht gestellte eine Parzelle unmittelbar hangunterseitig des Grundstücks Nr. 87/3, durch die eine 30 KV-Leitung der Energie AG verläuft.

Zu 5.

<i>Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 4/34/2008 (Kuenburg Herta); Beschlussfassung</i>
--

Bericht der Bürgermeisterin:

Frau Herta Kuenburg, Roßleithen 53, hat mit Schreiben vom 08.05.2008 die Umwidmung der ihr gehörenden Grundstücke Nr. 838/6, 841/1, 842/4, 842/5, 846 und .216 im Gesamtausmaß von 1,6396 ha von derzeit Grünland in Wohnbaugebiet beantragt.

Die begehrte Fläche befindet sich unmittelbar östlich an die Häuserreihe entlang der Feierabendgasse in Roßleithen angrenzend und ist im Flächenwidmungsplan der Gemeinde Roßleithen bis auf die südlichst gelegene Dreiecksfläche als Grünland ausgewiesen. Ortswasserleitungs- und Kanalananschlussmöglichkeit ist gegeben. Im Funktionsplan des ÖEK ist diese Fläche nicht aufgenommen. Es müsste daher auch das ÖEK geändert werden.

Laut vorliegendem Grundbuchsatzung bestehen am Großteil der genannten Grundstücke noch Dienstbarkeiten des Bauverbotes bzw. der Nichtverbauung zugunsten von Dr. Wilhelm Maiwald und Dr. Rudolf Keil. Beide sind inzwischen aber verstorben.

Nachdem das Ansuchen außerhalb der generellen Möglichkeit zur Flächenwidmungsplanänderung gestellt wurde, sind die Gesuchsteller jedoch zu verpflichten, bei positiver Erledigung alle mit dieser Änderung in Zusammenhang anfallenden Kosten zu tragen.

Abzuklären hat der Grundbesitzer auch die Sache mit den bestehenden Bauverboten. Eventuell müsste eine im Grundbuch ersichtlich gemachte Löschung vorgelegt werden.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 20.06.2008 einstimmig beschlossen, das Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren für das gewünschte Ausmaß von 1,6396 von Grünland in Wohnbaugebiet einzuleiten, weil die derzeit verfügbaren Baulandreserven im gesamten Gemeindegebiet beinahe erschöpft sind.

Mit Verständigung vom 01.07.2008 wurde sodann das Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren Nr. 4/34/2008 eingeleitet. Von der beabsichtigten Planänderung wurde den öffentlichen Körperschaften sowie den von der Planänderung Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Es liegen massive **ablehnende** Äußerungen wie folgt vor:

- Land OÖ., Abteilung Raumordnung
- Angrenzende Nachbarn (Unterschriftenliste mit 16 Unterschriften)

Zustimmende Stellungnahmen liegen wie folgt vor:

- Arbeiterkammer Kirchdorf/Kr.
- Bezirksbauernkammer Kirchdorf/Kr.
- Wildbach- und Lawinenverbauung, Kirchdorf/Krems (mit Auflagen)
- Energie AG
- Böhm Engelbert u. Gerald Huemer (kein Verzicht auf Geh- u. Wegerecht)

Der Bau- und Planungsausschuss hat in seiner Sitzung am 23.09.2008 einhellig empfohlen, auf Grund der gewichtigen Ablehnung durch die Raumordnungsbehörde und der vielen Anrainer auch seitens der Gemeinde die beantragte Umwidmung abzulehnen.

Der Gemeindevorstand hat sich in seiner Sitzung am 07.10.2008 auch der Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses angeschlossen.

Frau Hertha Kuenburg hat mit Schreiben vom 07.10.2008 Ihr Umwidmungsansuchen zurückgezogen, deshalb wird dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt.

Zu 6.

<i>Eckhart Johann, Schweizersberg 206 – Antrag auf Änderung des Flächenwidmungsplanes</i>

Bericht der Bürgermeisterin:

Herr Johann Eckhart, Schweizersberg 206, hat mit Schreiben vom 02.09.2008 um Umwidmung von ihm gehörenden Teilflächen der Grundstücke Nr. 642/1 und 646/2, KG. Roßleithen, im Gesamtausmaß von ca. 3.500 m² von derzeit Grünland in Wohnbaugebiet beantragt.

Die begehrte Fläche befindet sich in Hanglage zwischen zwei Siedlungsgebieten und ist im Flächenwidmungsplan der Gemeinde Roßleithen als Grünland ausgewiesen. Ortswasserleitungs- und Kanalanschlussmöglichkeit ist gegeben. Im Funktionsplan des ÖEK ist diese Fläche nicht aufgenommen. Es müsste daher auch das ÖEK geändert werden.

Es liegt nun im Ermessen des Gemeinderates, ob das beantragte Flächenwidmungsplan-Änderungsverfahren eingeleitet werden soll.

Der Bau- und Planungsausschuss hat in seiner Sitzung am 23.09.2008 einhellig empfohlen, den Einleitungsbeschluss für dieses Änderungsbegehren zu fassen, damit man zu offiziellen Stellungnahmen gelangt und danach eine endgültige Entscheidung getroffen werden kann.

Nachdem das Ansuchen außerhalb der generellen Möglichkeit zur Flächenwidmungsplanänderung gestellt wurde, sind die Gesuchsteller jedoch zu verpflichten, bei positiver Erledigung alle mit dieser Änderung in Zusammenhang anfallenden Kosten zu tragen.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 07.10.2008 dem Gemeinderat ebenfalls empfohlen, den Einleitungsbeschluss für dieses Änderungsbegehren zu fassen.

GR Kirisits:

Die Gemeinde will Herrn Eckhart nichts in den Weg legen und abwarten, welche Stellungnahmen einlagen. Er stellt den Antrag, diese Umwidmung einzuleiten.

GR Schmeißl:

Er schließt sich dem gestellten Antrag an. Es handelt sich um eine Hanglage und mit 3.500 m² um eine sehr große Fläche.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig der Einleitungsbeschluss für dieses Änderungsbegehren von Herrn Johann Eckhart gefasst, damit man zu offiziellen Stellungnahmen gelangt und danach eine endgültige Entscheidung getroffen werden kann.

Nachdem das Ansuchen außerhalb der generellen Möglichkeit zur Flächenwidmungsplanänderung gestellt wurde, sind die Gesuchsteller jedoch zu verpflichten, bei positiver Erledigung alle mit dieser Änderung in Zusammenhang anfallenden Kosten zu tragen.

Zu 7.

Duller/Mühle-Gründe – Erlassung von Bebauungsrichtlinien (Beilage B)

Bericht der Bürgermeisterin:

Den Ehegatten Franz und Marianne Duller und Herr Alfred Mühle wurde mit GR-Beschluss vom 20.06.2008 die Flächenwidmungsplanänderung zur Baulanderweiterung nördlich angrenzend an die bestehenden Bauparzellen bewilligt.

Laut vorliegendem Vermessungsplan des Geometers DI Mayrhofer aus Steyr vom 14.07.2008 sind dort **acht** neue Bauparzellen im Entstehen.

Für die Gestaltung der Bebauung der bestehenden unmittelbar südlich angrenzenden „Duller-Siedlung-neu“ hat der GR am 24.06.2005 Bebauungsrichtlinien erlassen, um einer willkürlichen Bebauung nicht Tür und Tor zu öffnen. In der Praxis ist man nämlich vielfach davon abgegangen, Bebauungspläne zu verordnen. Dies deshalb, weil heutzutage sehr individuell gebaut wird und Gestaltungs- bzw. Ausführungswünsche der Bauwerber oft geringfügig von den Vorgaben abweichen. Als Folge wäre dann grundsätzlich immer eine Änderung des Bebauungsplanes mit aufwändigem Verfahren erforderlich.

Auch für die neuerliche Erweiterung der Siedlung Duller/Mühle hat der Bau- und Planungsausschuss in seiner Sitzung am 23.09.2008 empfohlen, die Bebauungsrichtlinien für den Bestand neuerlich auch für die Erweiterung zu verwenden und um die Auflagen der Oö.Boden- und Baustoffprüfstelle GmbH, der WLW, der Energie AG und des Wassergenossenschaftsverbandes Seebach zu erweitern.

In puncto Gebäudehöhe war bisher eine Übermauerung von max. 90 cm erlaubt. Diesbezüglich wurde vom GV in seiner Sitzung am 07.10.2008 eine Anhebung auf 130 cm mit der Bedingung empfohlen, dass die jeweilige Übermauerungshöhe der Gebäudeproportion entsprechen muss.

Die auf den neuen Siedlungsbereich abgestimmten Bebauungsrichtlinien sind als Beilage angeschlossen und sollten nun vom GR erlassen werden.

Sollte sich ein Bauwerber nicht an diese Bestimmungen halten, hätte man immer noch die Möglichkeit, eine Neuplanungsgebietsverordnung gemäß § 45 Oö. BauO mit nachfolgendem Bebauungsplan anzudrohen bzw. zu erlassen.

GR Grill:

Es wurden nun neue Bebauungsrichtlinien für die Duller/Mühlegründe ausgearbeitet. Sie stellt den Antrag, den neuen Richtlinien die Zustimmung zu erteilen.

GR Wolff:

Nach dem ausführlichen Bericht hat er nichts mehr hinzuzufügen und schließt sich dem Antrag an.

GR Menneweger:

Er stellt die Frage, ob sich die Bebauungsrichtlinien nur auf die neu parzellierten Gründe beziehen, oder gelten die Richtlinien auch für den unbebauten Grund zwischen Duller und Maxones.

Bgm. Dittersdorfer:

Nein, diese Richtlinien gelten nur für die neuen Duller- und Mühlegründe.

Beschluss:

Durch Handhebung werden einstimmig die als Beilage B angeschlossenen Bebauungsrichtlinien für die neuen Duller/Mühlegründe erlassen.

Zu 8.

<i>Einführung eines Jugendtaxi (Beilage C)</i>

Bericht der Bürgermeisterin:

Die Einführung eines Jugendtaxi wurde erstmals in der Finanzausschuss-Sitzung am 22.07.2008 besprochen. Ziel dieser Aktion soll mehr Sicherheit für unsere Jugendlichen bzw. eine bessere Lebensqualität bzw. Kostenersparnis für die Eltern sein. In der Folge wäre dies auch eine Förderung eines Roßleithner Betriebes (Taxiunternehmer Rebhandl). Die Jugendlichen sollen nicht zu einem längeren Fortbleiben animiert werden, sondern zur richtigen Zeit sicher nach Hause gebracht werden.

Die Aktion soll wie folgt ablaufen:

Jeweils an Samstagen und vor Feiertagen fährt das Jugendtaxi (Fa. Rebhandl) um 23'45 Uhr beim Schaukasten (Kirchenplatz) in Windischgarsten weg und befördert Roßleithner Jugendliche im Alter zwischen 14 und 25 Jahren zu deren Wohnung im Gemeindegebiet (ab dem 18.Lebensjahr nur Schüler, Studenten, Präsenz- und Zivildienstler).

Die Teilnehmer werden namentlich erfasst. Die Gebühr für die Jugendlichen beträgt pro Fahrt € 2,00. Die Abrechnung durch die Fa. Rebhandl erfolgt nach der gefahrenen Zeit. 1 Stunde kostet € 40,--. Im Schnitt sollte mit einer Fahrzeit von 1 Stunde pro Abend das Auslangen gefunden werden. Sollte kein Fahrgast zu befördern sein, verrechnet die Fa. Rebhandl einen Pauschalbetrag von € 20,--. Der letzte Fahrgast unterschreibt die Liste der Fahrgäste, damit eine gewisse Kontrolle gegeben ist.

Dieses Projekt sollte ursprünglich am 1. August 2008 starten. Da jedoch entgegen der ursprünglichen Meinung (Auskunft Land OÖ) doch ein Beschluss des Gd.Rates notwendig ist, soll dieser Beschluss bei der nächsten GR-Sitzung herbeigeführt werden.

Lt. Auskunft von Frau Tauschek (Amt der Oö. Landesregierung) ist eine Förderung durch das Land OÖ zu erwarten, jedoch nur so lange, als zweckgebundene Gelder von den Wunschkennzeichen vorhanden sind.

Die nicht durch Gebühren der Fahrgäste bzw. Landesförderung aufgebrachten Ausgaben sind von der Gemeinde zu tragen und fallen in den „15,-- Euro-Erlass“.

Der vorbereitete Vertrag zwischen der Fa. Rebhandl und der Gemeinde Roßleithen wurde in der Sitzung des Ausschusses für Jugend-, Familie- und Seniorenangelegenheiten am 30.09.2008 eingehendst beraten und dabei folgende Änderungen bzw. Vorgangsweisen empfohlen:

Beginn: November 2008

Vertrag läuft unbefristet, der Vertrag kann jedoch von beiden Seiten zu jedem Monatsletzten unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist ohne Angabe von Gründen gekündigt werden.

Der Teilnehmerkreis wird konkretisiert: Jugendliche, Schüler, Studenten, Lehrlinge, Präsenz- und Zivildienstler ab Vollendung des 14. Lebensjahres bis zum Ablauf des Kalenderjahres, in welchem das 25. Lebensjahr vollendet wird. Vorzulegende Ausweise: Lehrlings-, Schüler-, Studenten-, Wehrdienst- und Zivildienstausweis.

Nach 4 Monaten sollte eine Evaluierung im Gemeinderat erfolgen. Information an alle Gemeindebürger nach der GR-Sitzung am 09.10.2008.

Der korrigierte Vertrag mit der Fa. Rebhandl liegt nun vor und wäre bei Zustimmung zur Einführung des Jugendtaxi ebenfalls mit zu beschließen.

Der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 07.10.2008 empfahl einhellig, ab Anfang November 2008 das Jugendtaxi zu den oben erwähnten bzw. im Vertrag mit der Fa. Rebhandl enthaltenen Bedingungen einzuführen und auch den vorliegenden korrigierten Vertrag mit der Fa. Rebhandl zu genehmigen.

Bis zur Evaluierung im März 2009 sollen auch Überlegungen angestellt werden, ob eventuell eine Ausweitung des Jugendtaxi auch auf Nachbargemeinden und im Einvernehmen mit diesen (vielleicht als Ruftaxi) Sinn machen würde.

GR Schöngruber:

Die Einführung eines Jugendtaxi ist bestimmt eine gute Sache, zu der jedes GR-Mitglied stehen sollte und die man gemeinsam beschließen sollte. Als Mutter wäre sie auch froh gewesen, wenn sie nachts nicht aufstehen hätte müssen, um die Kinder abzuholen. Sie stellt den Antrag, das Jugendtaxi in der Gemeinde Roßleithen in der vorliegenden Form einzuführen. Sie hofft, dass die Subvention vom Land sehr groß ist.

GR Wolff:

Es freut ihn, dass aufgrund der Initiative von GV Stummer über alle Parteigrenzen hinweg ein so gutes Projekt entstanden ist und nun im Gemeinderat zum Beschluss vorliegt. Man kann nur hoffen, dass es sich gut entwickelt und eine gute Sache für die Jugend in Roßleithen ist.

GV Stummer:

Er informiert, dass Frau Tauschek vom Land Informationen bezüglich dem Jugendtaxi so weitergegeben hat, sodass sich einige nicht ausgekannt haben. Zu ihm und zu Herrn Perner hat sie gesagt, dass kein Gemeinderatsbeschluss nötig ist, der Bürgermeisterin wurde gesagt, dass ein Beschluss des Gemeinderates schon nötig ist. Es waren alle sehr überrascht, dass derartige unterschiedliche Aussagen aus dem Büro Haider kommen, was die ganze Sache nicht erleichtert hat. Er betont, dass er GR Perner sehr dankbar, dass er in der letzten Ausschusssitzung diese Aussage bestätigt hat.

Bgm. Dittersdorfer:

Es hat sie damals sehr verwundert. Sie ist fast so dagestanden, wie ein Lügner, da GR Perner das Gleiche gesagt hat wie GV Stummer. Nun hat sie eine schriftliche Meldung von Frau Tauschek bekommen, worin bestätigt wird, dass für die Einführung des Jugendtaxi ein Gemeinderatsbeschluss benötigt wird. (Bgm. Dittersdorfer verliest dieses Schreiben zur Vervollständigung)

Beschluss:

Durch Handhebung wird der einstimmige Beschluss gefasst, ab Anfang November 2008 das Jugendtaxi zu den im Vertrag mit der Fa. Rebhandl angeführten Bedingungen einzuführen und auch den als Beilage C) angeschlossenen Vertrag mit der Fa. Rebhandl zu genehmigen.

Zu 9.

Betreubares Wohnen; Vergaberichtlinien (Beilage D)

Bericht der Bürgermeisterin:

Das Projekt „Betreubares Wohnen“ in Roßleithen soll im nächsten Jahr in Angriff genommen werden. Für die objektive Vergabe dieser wohnbaugeförderten Mietwohnungen sind vom Gemeinderat entsprechende Richtlinien zu erlassen. Vom Land OÖ gibt es hierfür Muster-Richtlinien.

Vom Ausschuss für Jugend-, Familien- und Seniorenangelegenheiten wurden in seiner Sitzung am 30.09.2008 die Musterrichtlinien eingehendst durchgearbeitet und etwas abgeändert bzw. angepasst. Sie liegen in dieser geänderten Fassung vor und werden von Frau Bgm. Dittersdorfer vollinhaltlich verlesen. Auch der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 07.10.2008 empfahl dem Gemeinderat, die vorliegenden und angepassten Richtlinien für die objektive Vergabe von wohnbaugeförderten Mietwohnungen im Projekt „Betreubares Wohnen“ in Roßleithen zu beschließen.

Vzbgm. Glanzer:

Man hat sich auch im Gemeindevorstand mit dieser Materie beschäftigt. Er findet es gut, dass man nun die Richtlinien des Landes vorliegen hat. Es wird im konkreten Fall sicher zu schwierigen Entscheidungen kommen. Alle werden bei der Vergabe der Wohnungen mit ihrem Hausverstand und Fingerspitzengefühl gefordert sein. Er stellt den Antrag, bezüglich Betreubares Wohnen die Vergaberichtlinien in der vorliegenden Fassung zu beschließen.

GR Menneweger:

Er schließt sich seinen Vorrednern grundsätzlich an. Wenn über Menschen entschieden werden muss, ist es immer schwierig. Die Richtlinien des Landes sind sehr umfassend; man wird bestimmt eine gewisse Objektivität reinbringen, doch die letzte Entscheidung über eine Vergabe wird eine menschliche Entscheidung sein. In den entsprechenden Gremien wird bestimmt gut entschieden werden.

Beschluss:

Durch Handhebung werden die als Beilage D angeschlossenen Richtlinien zur objektiven Vergabe der Betreubaren Wohnungen Roßleithen einstimmig beschlossen.

Zu 10.

Multifunktionaler Sitzungssaal – Vermietungsregelungen (Beilage E)

Bericht der Bürgermeisterin:

Der multifunktionale Sitzungssaal im neuen Gemeindeamt soll auch für diverse Veranstaltung genutzt werden können. Für die reibungslose Abwicklung der Vermietung ist die Ausarbeitung einer Benützungsordnung notwendig.

Eine Muster-Benützungsordnung lag zur Sitzung des Ausschusses für Jugend-, Familie- und Seniorenangelegenheiten am 30.09.2008 vor.

Folgende Änderungen bzw. Ergänzungen wurden vom Ausschuss dann noch vereinbart:

Für den Schlüssel ist eine Kautions von € 50,-- zu hinterlegen. Der Schlüssel muss persönlich wieder beim Gemeindeamt abgegeben werden. Die Benützung der hauseigenen Medientechnik wird so eingerichtet, dass bei den diversen Veranstaltungen kein Bediensteter der Gemeinde anwesend sein muss.

Die Benützungspauschale (Reinigung, Beleuchtung, Beamer usw.) wird wie folgt festgelegt:

1 bis 5 Stunden: € 35,00

Ab der 5. Stunde: € 100,00

Der günstige Tarif von € 35,00 soll auch ein Zeichen der Wertschätzung der heimischen Vereine sein. Für Veranstaltungen im Rahmen der Aktion „Gesunde Gemeinde“ ist keine Benützungspauschale zu entrichten.

Der in der Sitzung des Ausschusses für Jugend-, Familie- und Seniorenangelegenheiten am 30.09.2008 vorgebrachte Vorschlag von GR Kirisits, den Sitzungssaal jedem regionalen Verein einmal pro Jahr zur freien Benutzung anzubieten (sofern kein Eintritt verlangt wird), wurde auch in die Benützungsordnung eingearbeitet.

Die geänderten Punkte sind in der als Beilage angeschlossenen Benützungsordnung ersichtlich. Diese wird von Bgm. Dittersdorfer vollinhaltlich verlesen und sollte nun im Gemeinderat beschlossen werden.

Für die Abwicklung der Vermietung ist Melanie Andreuzzi zuständig.

Der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 07.10.2008 sprach sich einhellig für die Erlassung der vorliegenden Benützungsordnung mit Einarbeitung der oa. Ergänzung hinsichtlich regionaler Vereine aus.

GR Schöngruber:

Sie findet es ausgesprochen positiv, dass man sich im Vorfeld schon Gedanken über die Benützung bzw. Vermietung des Sitzungssaales macht und schon Richtlinien festlegt, falls dann tatsächlich Interessenten kommen. Sie erinnert, dass es in der Volksschule bei außerschulischer Benutzung des Turnsaales oder Speiseraumes gerade am Anfang Probleme gegeben hat, da man keine Richtlinien gehabt hat. Sie findet es wesentlich besser, wenn von Beginn an Richtlinien hier sind. Mit diesen € 35,-- kommt man den Vereinen oder Institutionen sehr entgegen. Falls es eine wirtschaftliche Veranstaltung oder Werbeveranstaltung ist oder über eine längere Zeit hinausgeht, kann man dann ja etwas mehr verlangen. Sie stellt den Antrag, die Vergaberichtlinien zu beschließen.

GV Stummer:

Er schließt sich dem Antrag an. Er hat dieses Thema schon im Sommer in einer Finanzausschusssitzung auf die Tagesordnung gesetzt und es wurde vernünftig darüber diskutiert. Dankenswerterweise hat man aus diesen Eckpfeilern gleich eine Benützungsordnung formuliert. Es hat ihn auch die Idee von GR Kirisits sehr beschäftigt, und zwar, dass jeder den Saal einmalig frei benutzen darf – so wie es in der Marktgemeinde Windischgarsten ist. Im Gemeindevorstand ist dieses Thema wieder gekommen, und nachdem ihm die Idee sehr gut gefallen hat, hat er es im Gemeindevorstand wieder vorgebracht. Vernünftige Ideen sollten übernommen werden.

GR Kirisits:

Als Pensionistenverbandsobmann weiß er, dass es oft Vorträge gibt, wie z.B. der Vortrag „Mach dich sichtbar“, die in einem Gasthaus abgehalten werden müssen. In Gasthäusern haben die Vortragenden leider nur beschränkte Möglichkeiten; jedoch im Sitzungssaal kann man einen Vortrag mit der ganzen Medientechnik ganz toll gestalten. Er bedankt sich, dass man den Vereinen diese Möglichkeit bietet.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig die als Beilage E angeschlossene Benützungsordnung für die Vermietung des Sitzungssaales des Gemeindeamtes beschlossen.

Zu 11.

Bericht des Prüfungsausschusses vom 15.07.2008 und 01.10.2008

Der vom Gemeindeprüfungsausschuss erstellten Berichte über die Gebarungsprüfung vom 15.07.2008 und vom 01.10.2008 werden von der Vorsitzenden vollinhaltlich verlesen, erläutert und anschließend vom GR zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu 12.

***Gestattungsvertrag zwischen Land Oberösterreich und Gemeinde Roßleithen
bezüglich Zufahrt zum neuen Gemeindeamt (Beilage F)***

Bericht der Bürgermeisterin:

Es ist geplant, die Zufahrt zum Parkplatz des neuen Amtshauses von der Vorderstoder-Landesstraße aus herzustellen. Diese Zufahrt, die bereits errichtet ist, bedarf jedoch der Zustimmung der Landesstraßenverwaltung, wofür mit ha. Schreiben vom 08.02.2008 angesucht wurde.

Seitens des Amtes der Oö. Landesregierung, Straßenmeisterei Kirchdorf/Kr., wurde nun mit Schreiben vom 15.07.2008 der diesbezügliche Gestattungsvertrag zur Beschlussfassung im GR vorgelegt.

Der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 07.10.2008 empfahl einhellig, den vorliegenden auszugsweise erläuterten Gestattungsvertrag für die Zufahrt zum Parkplatz des neuen Amtshauses zu genehmigen.

GR Grassecker:

Es handelt sich um eine reine Formsache, um zum Parkplatz des neuen Amtsgebäudes zuzufahren. Es ist ein Gestattungsvertrag mit dem Land OÖ nötig, deshalb stellt er den Antrag, diesem Gestattungsvertrag die Zustimmung zu erteilen.

GR Kaltenbrunner:

Auch er ist der Meinung, dem Gestattungsvertrag die Zustimmung zu geben, jedoch weist er darauf hin, dass auf dem Vertrag noch die alte Adresse des Gemeindeamtes steht. Dies muss geändert werden.

Beschluss:

Durch Handhebung wird der einstimmige Beschluss gefasst, den als Beilage F) angeschlossenen Gestattungsvertrag für die Zufahrt zum Parkplatz des neuen Gemeindeamtes zu genehmigen.

Zu 13.

***WZM-Werkzeugtechnik GmbH Pichl; Ansuchen um Zuschuss für Asphaltierung
private Zufahrtsstraße***

Bericht der Bürgermeisterin:

Die Fa. WZM-Werkzeugtechnik GmbH (Eugen Mößlberger) hat mit Ansuchen vom 22.07.2008 um einen finanziellen Zuschuss zum erfolgten Ausbau der betrieblich genutzten Zufahrtsstraße „Egglhof“ gebeten. Laut beigelegter Rechnung der Fa. Swietelsky betragen die Kosten für die Erd- und Asphaltierungsarbeiten am Betriebsgelände € 47.661,48 netto. Die Zufahrt hat eine Länge von ca. 200 m.

Laut bestehender Richtlinien des Straßenausschusses vom 06.06.1995 wurde bisher ein Beitrag für private Zufahrtsstraßen mit einer Mindestlänge von 50 m bis zu einer Straßenbreite von 3 m mit 10 % der Gesamtkosten gefördert. Für Hofflächen bzw. Vorplätze und dergleichen wird kein Förderbeitrag geleistet.

Im gegenständlichen Fall beträgt im Sinne der Richtlinien die förderbare Straßenfläche ca. 600 m² (200 m Länge x 3,00 m Breite). Die Ausbaufäche laut Rechnung beträgt aber 2.157,42 m². Die förderbaren Gesamtkosten reduzieren sich demnach auf ca. 28 % von € 47.661,48. Das sind € 13.345,21. Demnach beträgt der 10 %-ige Beitrag € 1.334,50.

In der Gemeindevorstandssitzung am 07.10.2008 wurde einhellig die Gewährung eines Pauschalzuschusses zum Ausbau bzw. zur Asphaltierung der privaten Zufahrtsstraße in Höhe von € 1.500,-- empfohlen.

GV Grassecker:

Es ist sehr erfreulich, dass die Fa. WZM in der Gemeinde Roßleithen geblieben ist. Es besteht dort eine sehr lange Zufahrt zur Firma. Im Gemeindevorstand hat man sich auf einen Beitrag von € 1.500,-- geeinigt. Er stellt daher den Antrag, der Fa. WZM GesmbH die € 1.500,-- zu gewähren.

GV Stöger:

Er schließt sich dem Antrag von GV Grassecker an. Es ist wirklich erfreulich, dass Herr Mößlberger diese Firma errichtet hat. Die Firma ist von außen ein richtiges Schmuckstück geworden. Man soll froh sein, dass es trotz der ganzen Umstände eine Firma zum Herzeigen geworden ist. Auch innen ist es ein wertvoller Betrieb; er meint, es ist für unsere Region eine Aufwertung. Die Anrainer haben dort sicher keine Probleme, da kein Lärm oder Staubbelastung entsteht. Er hofft, dass der Betrieb gut geht und einige Arbeitsplätze für unsere Region auf Dauer sichern kann.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie stimmt den Worten von GV Stöger zu. Die Firma ist nicht nur von außen schön, sondern auch von innen. Man kann der Firma WZM nur wünschen, dass alles so verläuft, wie sie es sich vorstellen und vielleicht in naher Zukunft ein noch größerer Betrieb wird.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig der Beitrag von € 1.500,-- für die Asphaltierungsarbeiten der ca. 200 m langen Zufahrt an die Fa. WZM GesmbH in Pichl beschlossen.

Zu 14.

Ehrungen von LR Ackerl und Wirtschaftstreibenden im Gemeindegebiet

Bericht der Bürgermeisterin:

Im Zuge der Beschlussfassung für die Verleihung des Silbernen Ehrenzeichens an verdiente Wirtschaftstreibende der Fa. Schröckenfux GesmbH wurde vereinbart, dass verdiente Roßleithner Gewerbetreibende ebenfalls mit diesem Ehrenzeichen ausgezeichnet werden sollen. Es soll dies eine Wertschätzung für jene Personen sein, die vor allem in den schwierigen Nachkriegsjahren in Roßleithen Betriebe aufgebaut haben.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 22.07.2008 vorgeschlagen, nach folgenden Kriterien vorzugehen:

1. Der Gewerbebetrieb muss in Roßleithen mindestens 20 Jahre lang geführt worden sein.
2. Es müssen Arbeitsplätze in Roßleithen geschaffen worden sein.
3. Nach der Übergabe muss der Betrieb in Roßleithen weitergeführt worden sein.

Im Sinne dieser Kriterien wurden folgende Personen auserwählt und für die Auszeichnung mit dem silbernen Ehrenzeichen der Gemeinde Roßleithen vorgeschlagen:

Stöger Maria, Rading 142
Schmid Josefine, Pichl 132
Fuchs Rudolf, Schweizersberg 110
Leitner Josef, Windischgarsten
Schmidleitner Hermann, Schweizersberg 253
Zemsauer Karl, Schweizersberg 131
Hauser Manfred, Pichl 125
Kähls Josef, Rading 165
Berger Franz, Pichl 352
Glaser Franz, Pichl 40
Huemer Elfriede, Pichl 120
Lengauer Hermann, Rading 107 (inzwischen verstorben)
Rebhandl Gertrude, Pichl 137
Stark Gertraud, Am Gleinkersee 2

Es handelt sich ausschließlich um Personen, die den Betrieb nicht mehr aktiv führen.

Der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 07.10.2008 begrüßte grundsätzlich die Ehrung der nicht mehr aktiven Roßleithner Wirtschaftstreibenden in Wertschätzung ihrer Aufbauarbeit in den schwierigen Nachkriegsjahren. Für den inzwischen verstorbenen Hermann Lengauer soll seine Gattin Josefa Lengauer geehrt werden.

Zum Ehrungsvorschlag von Frau Gertraud Stark wurde bemerkt, dass diese noch aktiv ist. Ebenso ihr Gatte Ing. Georg Stark. Man einigte sich, diese Personen momentan nicht zu ehren, sondern bis zur Betriebsübergabe zuzuwarten.

Für die Überreichung der Ehrenzeichen mit Urkunden soll eine eigene Veranstaltung in den nächsten Monaten für diese Personen gemacht werden. An die Ehegattinnen sollen Blumen bzw. an die Ehegatten evtl. Schnaps überreicht werden.

Des weiteren empfahl der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 07.10.2008, auch Herrn LR Josef Ackerl anlässlich der Eröffnung des neuen Amtsgebäudes eine Auszeichnung zu überreichen. Man ist dann auf die Idee gekommen, ihm eine große Ziersense mit der Aufschrift „Roßleithen sagt danke“ und ein „Bschoarpinkerls“ mit heimischen Produkten zu überreichen.

Ebenfalls empfahl der Vorstand einhellig, dass Herr Herbert Tschurtschentaler als Mitbegründer und Geschäftsführer der Fa. Fux GesmbH das silberne Ehrenzeichen der Gemeinde erhalten soll und ihm dieses im Rahmen einer internen Betriebsfeier (voraussichtlich nächste Weihnachtsfeier) gemeinsam mit den Herrn Mag. Dietmar Baudinger, Ing. Harald Humpl und Rudolf Schmid (Beschlussfassung für diese 3 Personen erfolgte bereits vom GR in der Sitzung am 17.04.2008) überreicht wird.

Vzbgm. Glanzer:

Es ist ein sehr erfreulicher Punkt, dass jene Gemeindebürger und Gemeindebürgerinnen geehrt werden, die sich in schwierigen Nachkriegsjahren für die Wirtschaft in unserer Gemeinde Roßleithen verdient gemacht haben. Man hat sich auch im Gemeindevorstand dafür ausgesprochen, eine eigene Ehrung für diese Bürger durchzuführen. Bezüglich Geschäftsführer Tschurtschentaler von der Fa. Fux wird voraussichtlich Bgm. Dittersdorfer anlässlich einer Weihnachtsfeier der Firma die Ehrung vornehmen. Wegen der Ehrung des LR Ackerl hat man sich im Gemeindevorstand auch Gedanken gemacht und ist auf die Idee gekommen, anstelle eines Ehrenzeichens – da LR Ackerl bestimmt schon einige besitzt – eine Sense von Roßleithen und ein „Bschoarpinkerl“ zu übergeben. Er stellt den Antrag, die Ehrungen wie soeben besprochen durchzuführen.

GV Stummer:

Er schließt sich dem Antrag von Vzbgm. Glanzer an und bedankt sich bei allen Parteien, die der Idee von ihm zugestimmt haben, dass die Gewerbebetreibenden mit dem silbernen Ehrenzeichen ausgezeichnet werden. Er meint, es ist ein Zeichen der besonderen Wertschätzung. Die Liste der zu Ehrenden wurde gemeinsam besprochen – er bedankt sich, dass man sich dafür geeinigt hat. Die Idee von GV Stöger hat ihm gefallen, dem LR Ackerl, der bestimmt schon in unzähligen Gemeinden verschiedenste Ehrenzeichen bekommen hat, kein Ehrenzeichen sondern etwas Typisches aus unserer Gemeinde zu überreichen. Die Sense mit dem Körberl ist bestimmt ein attraktives Geschenk.

GR Zegermacher:

Er bemerkt, dass GR Perner leider ganz ‚durch den Rost fällt‘. Er hat einen Betrieb, den er schon seit 1956 führt – länger als der Herr Hauser. Er hat zwar schon das silberne Ehrenzeichen bekommen, aber im Rahmen einer ganz anderen Sparte; nämlich als ehrenamtlicher Funktionär des Reitvereines. Er ersucht, sich für Herrn Perner etwas einfallen zu lassen. Sicherlich kann er kein zweites silbernes Ehrenzeichen mehr bekommen, aber vielleicht bekommt er ja doch eine Flasche Schnaps wenn er zu dieser Veranstaltung eingeladen wird.

Bgm. Dittersdorfer:

Das ist jetzt ein neuer Aspekt.

GV Stummer:

GR Perner sitzt im Finanzausschuss neben ihm. Man hat dieses Thema diskutiert und es wurde erwähnt, dass Herr GR Perner bereits das Goldene Verdienstzeichen der Gemeinde erhalten hat. Er

hatte das Gefühl, dass es für GR Perner so passt. Er kann sich der Idee von GR Zegermacher trotzdem etwas abgewöhnen, ihm ein kleines Geschenk zu überreichen.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie stellt die Frage, ob man ihm das silberne Ehrenzeichen für eine andere Funktion überreichen könnte. Schließlich hat er das Goldene Ehrenzeichen für einen anderen Verdienst bekommen.

GV Stöger:

Ihm gefällt die Idee von GR Zegermacher ganz gut. Wenn nun die Familie Perner zur Veranstaltung eingeladen wird, meint er, dass man Herrn Perner das silberne Ehrenzeichen nicht mehr überreichen sollte. Es gibt bestimmt ein anderes kleines Geschenk, welches man ihm überreichen kann. Dass GR Perner zur Ehrung eingeladen wird und dass darauf hingewiesen wird, dass er schon das Goldene Verdienstzeichen bekommen hat, ist ganz wichtig.

Bgm. Dittersdorfer:

Man wird seine Familie einladen und ihm einen Sense und einen Schnaps überreichen.

GR Schöngrubner:

Sie freut sich, dass die Arbeit der Gemeindebürger in allen Bereichen geschätzt und geachtet und geehrt wird. Es tut ihr zwar ein bisschen leid, dass jetzt nur die Wirtschaftstreibenden geehrt werden, denn man könnte das ganze auf mehrere Bereiche ausweiten. Sie sieht es als Anfang. Es ist die Infrastruktur der Gemeinde Roßleithen sehr von den Ehrenamtlichen geprägt worden. Für jene sollte auch einmal eine Ehrung stattfinden. Für den Reitverein hat man nun eine gute Lösung gefunden. Diese Ehrungen sollten einmal ausgeweitet werden auf die Ehrenamtlichen. Von der Gemeinde aus soll ein schöner Rahmen für die Überreichung gestaltet werden; denn unsere Gemeindebürger sind dies wert.

Beschluss:

Durch Handhebung wird einstimmig die Auszeichnung mit dem silbernen Ehrenzeichen für oben aufgelistete (mit Ausnahme von Fr. Gertraut Stark) Wirtschaftstreibende der Gemeinde Roßleithen im Rahmen einer eigenen Veranstaltung beschlossen. Herrn Tschurtschentaler ebenfalls mit dem silbernen Ehrenzeichen der Gemeinde auszuzeichnen. Herrn Tschurtschentaler von der Fa. Fux, Herren Ing. Harald Humpl, Mag. Dietmar Baudinger und Rudolf Schmid von der Fa. Schröckenfux GmbH wird man anlässlich der Firmen-Weihnachtsfeier ebenfalls mit dem silbernen Ehrenzeichen ehren.

Zu 15.

<i>Ersatzanschaffung von Kommunalgeräten (Traktor samt Zusatzgeräten und Anhänger); Auftragsvergabe</i>

Bericht der Bürgermeisterin:

Die derzeit im Bauhof in Verwendung stehende Zugmaschine „Steyr 8090a“ ist bereits 16 Jahre alt, sehr reparaturanfällig und kann jederzeit „den Geist aufgeben“. Dieses Kommunalfahrzeug ist das einzige dieser Art und steht Sommer und Winter ständig in Gebrauch. Um nicht plötzlich vor einem „Aus“ zu stehen, ist eine Ersatzanschaffung dringendst erforderlich.

Des weiteren ist derzeit auch noch ein 22 Jahre alter Einachsdreiseitenkipper in Verwendung, der nicht mehr den heutigen Verkehrsvorschriften entspricht. Eine entsprechende Nachrüstung wäre nicht sinnvoll und im Verhältnis zu teuer. Außerdem wären dringendst Reparaturen nötig.

Aus oa. Gründen wurde mit ha. Antrag vom 28.02.2008 um Gewährung von BZ-Mitteln zum Ankauf von entsprechenden Ersatz-Kommunalfahrzeugen ersucht.

LR Ackerl hat bereits mit Schreiben vom 22.07.2008 BZ-Mittel in Höhe von € 87.000,-- (für 2008 € 47.000,-- und für 2009 € 40.000,--) in Aussicht gestellt. Von Herrn Reisinger, Sachbearbeiter in der Gemeindeabteilung des Landes Oö. wurde am 1.8.2008 grünes Licht für die Ausschreibung der Fahrzeuge durch die Gemeinde gegeben.

Demnach hat der GV in seiner Sitzung am 05.08.2008 die beschränkte Ausschreibung des Traktors samt Zusatzgeräten und des Anhängers mit Einladung der heimischen Firmen Fuchs, Lagerhaus und Rußner zu Anbotlegung beschlossen, welche mit ha. Schreiben vom 21.08.2008 an die genannten Firmen erging.

Zeitgerecht (Termin 05.09.2008) haben die Firmen Fuchs und Rußner ein Angebot gelegt. Das Lagerhaus hat nicht angeboten.

Die Angebote wurden bei der Wasser- und Kanalausschuss-Sitzung am 16.09.2008 geöffnet. Die Ausschreibung brachte folgendes Ergebnis:

Nr.	Artikel	Fa. Fuchs	Fa. Russner
1	Steyr M 9105 A MT Kommunal-Profimodell mit kommunalspezifischer Wunschausrüstung	75.820,--	95.010,--
2	Freisichtfrontlader Hydrac Autolock 2300P	14.500,--	17.004,--
	Gesamt:	90.320,--	112.014,--
	Abzüglich Nachlass:	-	25.594,--
	Zahlungsbetrag inkl. 20 % MWSt.	90.320,--	86.420,--

Nr.	Artikel	Fa. Fuchs	Fa. Russner
3	Tandem-Dreiseitenkipper „Pühringer“ mit Zusatzwunschausrüstung	12.339,--	
	Tandem-Dreiseitenkipper „Brantner“	-	15.997,--
	Abzüglich Nachlass:	-	3.207,--
	Zahlungsbetrag inkl. 20 % MWSt.	12.339,--	12.790,--

Nr.	Artikel	Fa. Fuchs	Fa. Russner
4	Hecklade „Rosensteiner“	2.926,--	2.760,--
	Zahlungsbetrag inkl 20 % MWSt.	2.926,--	2.760,--

Aus obiger Gegenüberstellung ist ersichtlich, dass die Fa. Russner bei Traktor und Hecklade und die Fa. Fuchs beim Anhänger Billigstbieter sind.

Demnach werden folgende Auftragsvergaben empfohlen:

1. Fa. Russner, 4575 Pichl 24
 - Traktor mit kommunalspezifischer Wunschausrüstung, Frontlader und Hecklade € 86,420,--
 - Hecklade € 2.760,--
 - Abzüglich Rücktausch für alten Traktor € 11.000,--
 - Aufzahlungspreis lt. Angebot vom 05.09.2008** **€ 78.180,--**
 - Aufpreis für Schneeketten lt. Nachtragsangebot v. 3.10.2008** **€ 800,--**

2. Fa. Fuchs, 4575 Schweizersberg 21

• Tandem-Dreiseitenkipper	€ 12.339,--
Abzüglich Rücktausch für alten Anhänger (lt. telef. Mitteilung vom 07.10.2008)	€ 1.500,--
<u>Aufzahlungspreis</u>	€ 10.839,--

Gesamtauftrags- bzw. Finanzierungspreis € 89.819,--

Laut telefonischer Mitteilung von Herrn Reisinger, Gemeindeabteilung des Landes Oö. vom 07.10.2008 wird in den nächsten Tagen ein auf die gesamte Finanzierungssumme von rund € 89.000,-- abgestimmter Finanzierungsplan mit BZ-Mitteln in Höhe von € 87.000,-- (47.000,-- für 2008 und 40.000,-- für 2009) im Sinne der Zusage von LR Ackerl vom 22.07.2008 übermittelt, der bei der nächsten GR-Sitzung zu beschließen wäre.

Die Auftragserteilung kann sofort und direkt an die beiden Billigstbieterfirmen auf Grund der erfolgten Ausschreibung vorgenommen werden und muss nicht - wie in den letzten Tagen anklang – über die BBG in Wien erfolgen.

In der Gemeindevorstandssitzung am 07.10.2008 empfahl man dem Gemeinderat, die Auftragsvergaben im Sinne obiger Aufstellung an die beiden heimischen Firmen vorzunehmen. Mit den Auftragsvergaben sei jedoch solange zuzuwarten, bis offiziell der Finanzierungsplan über die Gewährung der telefonisch zugesagten BZ-Mittel einlangt.

GR Pawluk:

Zuerst bedankt er sich bei Frau Bürgermeister für das erbrachte Engagement für den neuen Traktor. Der nächste Winter kommt bestimmt und der alte Traktor neigt sich seinem Lebensende zu. Die Reparaturkosten werden immer höher und es ist immer risikoreich, wenn der Traktor in Reparatur ist – aber dringend gebraucht wird. Es ist bestimmt die richtige Entscheidung, einen neuen Traktor vor dem Winter anzukaufen, daher stellt er den Antrag zur Annahme dieser Auftragsvergabe.

GV Stöger:

Er schließt sich dem gestellten Antrag an. Es ist erfreulich, dass unsere zwei Betriebe den Auftrag für diese Geräte bekommen – Fa. Fuchs den Anhänger und Fa. Russner den Traktor. Bei der letzten Anschaffung war es genauso. Die Bestellung erfolgt erst, wenn der Finanzierungsplan hier ist.

Bgm. Dittersdorfer:

Sie freut sich natürlich auch, dass die beiden heimischen Firmen zum Zug kommen.

Beschluss:

Durch Handhebung wird der einstimmige Beschluss gefasst, die Auftragsvergaben wie folgt vorzunehmen:

1) Fa. Russner, 4575 Pichl 24

• Traktor mit kommunalspezifischer Wunschausrüstung, Frontlader und Hecklade	€ 86.420,--
• Hecklade	€ 2.760,--
Abzüglich Rücktausch für alten Traktor	€ 11.000,--
<u>Aufzahlungspreis lt. Angebot vom 05.09.2008</u>	€ 78.180,--
• <u>Aufpreis für Schneeketten lt. Nachtragsangebot v. 3.10.2008</u>	€ 800,--

2) Fa. Fuchs, 4575 Schweizersberg 21

• Tandem-Dreiseitenkipper	€ 12.339,--
Abzüglich Rücktausch für alten Anhänger (lt. telef. Mitteilung vom 07.10.2008)	€ 1.500,--
<u>Aufzahlungspreis lt. Angebot vom 04.09.2008</u>	<u>€ 10.839,--</u>
<u>Gesamtauftrags- bzw. Finanzierungspreis</u>	<u>€ 89.819,--</u>

Mit den Auftragsvergaben sei jedoch solange zuzuwarten, bis offiziell der Finanzierungsplan über die Gewährung der telefonisch zugesagten BZ-Mittel einlangt.

Bezüglich Rücktausch als alten Anhängers gibt es auch 2 private Interessenten (Karl Grassecker und Florian Pernkopf). Es muss sich erst ergeben, ob jemand bzw. wer bereit ist, den Rücknahmepreis von € 1.500,-- zu leisten.

Zu 16.

Allfälliges

a) Amtshauseröffnung am 25.10.08 – Zeltaufbau

Bgm. Dittersdorfer berichtet, dass für die Amtshauseröffnung am 25.10.08 das Zelt der Gemeinde Rosenau ausgeliehen wird. Sie bittet daher den Gemeinderat um Hilfe beim Aufbau dieses Zeltes am Donnerstag, den 23.10.08.

Weiters informiert sie, dass Herr Atzlinger die Getränke besorgt, von der Fa. Moser gibt es Hendln und von Frau Schönegger gibt es Würsteln; die Damen des Pensionistenverbandes haben sich bereit erklärt, ein Kuchenbuffet zu machen (freiwillige Spenden). Der Singkreis und der Musikverein Windischgarsten sind dabei; die Bühne stellt Bgm. Vögerl zur Verfügung.

b) Auftragsvergaben Amtshausneubau – Information

Bgm. Dittersdorfer berichtet über folgende Auftragsvergaben, die in Gemeindevorstandssitzungen beschlossen wurden: Die **KEG** hat den Auftrag für Innenbeschilderung an die Fa. Aigner, Wdg. mit € 833,-- vergeben; Auftrag für Fahnenmaste erging an die Fa. Sonnleitner aus Laussa mit € 1.276,--; Zeiterfassung erging an die Fa. ETECH aus Wdg. mit € 2.685,-- sowie die Medientechnik mit € 9.298,--; die Bepflanzung übernimmt Gärtnerei Haselhofer mit € 1.361,--; Schließsystem-Schlüssel Marke EVVA über die Fa. Berger-Schauer aus Wdg. mit € 3.211,-- und der Auftrag über fünf Stück Fahnen erging an die Fa. Fahnen-Gärtner aus Mittersill mit € 450,--. Die **Gemeinde** hat den Auftrag für Vorhänge, Store und Rundstangen an die Fa. Schlesinger aus Wdg. mit € 4.804,--; restliche Aufträge für Kunst am Bau ergingen an Alfred Kotisios mit 9 Bildern um € 2.250,--, Helga Baumschlager mit 9 Fotos um € 720,--, Margit Maratschek mit 4 Bildern um € 1.000,--, Alexandra Grill mit einer Photographie um € 700,--, Matthias Handschek mit zwei Bildern um € 340,--. Insgesamt hat man für das Projekt ‚Kunst am Bau‘ 1,5 % der Bausumme zur Verfügung – das wären ungefähr € 17.000,--, wobei man derzeit mit den heimischen Künstlern erst auf etwa € 5.000,-- kommt. Für die Reinigungs-Erstausrüstung hat die Fa. Hagleitner aus Haid ein Angebot gestellt (€ 1.079,--).

c) Gemeindeausflug am 11.-12.10.2008 - Information

Zum Gemeindeausflug kommendes Wochenende berichtet GV Grassecker, dass schönes Wetter vorhergesagt wird. Es besteht die Chance, dass man auf die Zugspitze fahren kann, deshalb bittet er jeden, gutes Schuhwerk und warme Jacken mitzunehmen. Um 06.00 Uhr früh ist Abfahrt; Reisepässe müssen alle mithaben.

AL Schmid berichtet, dass die Auffahrt zu den Zugspitzen von der Gemeinde bezahlt wird, auf der anderen Seite müssen aber die € 50,-- für die Pension selbst bezahlt werden. Er bittet jeden, € 50,-- bei der Hinfahrt parat zu haben.

d) Förderung für Schnuppertickets

GV Stummer berichtet, dass es ihm gelungen ist, für das Schnupperticket eine Förderung für drei Jahre aufzutreiben. Die Förderung läuft über Klima-Energieforum in Wien; die Abwicklung über Kommunalkredit. Im Finanzausschuss wird man die Details besprechen. Es wurde vereinbart, dass das bisherige erste Jahr als ‚Pilotphase‘ läuft und jetzt ein neues Projekt gestartet wird mit drei Jahren. Der Antrag müsste heuer noch erfolgen, dann könnte ab Jänner 2009 die Förderung fließen. Die Ansprechpartnerin ist Frau Hopfner-Sixt von der Kommunalkredit.

e) Kindergarten Pießling – Erntedankfest

GV Stummer gratuliert dem Kindergarten Pießling zu dem gelungenen Erntedankfest. Dort ist eine Frage von ein paar Müttern aufgetaucht, warum die Gemeinde Roßleithen eine neue Kindergarten-Tarifordnung noch nicht beschlossen hat. Seit 01.09.2008 gibt es die Möglichkeit für Beitragsstaffelungen. Er bittet den Obmann des Schul- und Kindergartenausschusses Vzbgm. Glanzer, sich darum zu kümmern.

f) Gesunde Gemeinde – Vortrag „In Würde Abschied nehmen“

GV Stummer lädt als Arbeitskreisleiter der Gesunden Gemeinde ein zum Vortrag „In Würde Abschied nehmen“ am 23.10.2008 um 18.00 Uhr.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 21.30 Uhr.

.....
Vorsitzende

.....
Schriftführer

Die Reinschrift dieser Verhandlungsschrift lag bis zur Sitzung des Gemeinderates vom und während der Sitzung zur Einsicht für die Mitglieder und Ersatzmitglieder, die an der Sitzung teilgenommen haben, auf.

Gegen die aufliegende Verhandlungsschrift wurden keine Einwendungen erhoben*, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst*.

Roßleithen, am

.....
Vorsitzende

.....
für die SPÖ-Gemeinderatsfraktion

.....
für die ÖVP-Gemeinderatsfraktion

.....
für die FPÖ-Gemeinderatsfraktion

*Nichtzutreffendes streichen